

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steingutindustrie, in Scheibensphäerereien und Glasereien, für Stipser, Puger, Stukkateure, Asphaltateure, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseher, Glaser aller Art, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends  
Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld)  
Bestellungen nur durch die Post  
Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom  
**Deutschen Baugewerksbund**  
Hamburg 25, Wallstr. 1

Preis für Geschäftsanzeigen die zehnjährigste Miltimeterzeile 1,25 M. Bei größeren Abschüssen Rabatt, der nur als Kassarabatt gilt.  
Arbeitsmarkt die dreizehnjährige Miltimeterzeile 3 M.  
Anzeigen der Baugewerkschaften Seite 50 A.

### Krisenzeiten.

Eine heftige Krise durchzittert die Weltwirtschaft; nur wenige Staaten bleiben von ihr verschont, alle wertvollen Völker Europas werden von ihr überfallen. Sie hat ihren Ausgangspunkt in den Folgen des Weltkrieges, der nach einem Schlagwort „weder Sieger noch Besiegte“ hinterlassen haben soll. Aber die Veränderungen auf wirtschaftlichem und geographischem Gebiet reden eine deutlichere Sprache als jenes Schlagwort und die Krisen, von denen das deutsche Volk geschüttelt worden ist, sollten eigentlich schon genügen, um jeden aufrechten Mann für immer von jenem militärischen Wahn zu befreien, dem die Sucht entkriegerischer Kriege, die Niederlage Deutschlands — auch die militärische — im Weltkrieg hinter diesem üblen Schlagwort zu verbergen. Aber mit der Niederlage im Weltkrieg allein sind nicht restlos alle Ursachen der Krisen geklärt. Die Ursachen der jüngsten Krisen liegen in erster Linie in dem veralteten privatkapitalistischen System Deutschlands selbst, deren „Wirtschaftsführer“ von ihren individualistischen Anschauungen nicht loskommen können. Sie wollen nicht begreifen, daß ihre Zeit erfüllt ist und, wenn das ganze Volk leben soll, auch die Wirtschaft in seinen Dienst, in den Dienst des Volkes, gestellt werden muß.

Seit etwa 100 Jahren, also seit Bestehen der kapitalistischen Produktionsweise, verläuft das Wirtschaftsleben in den Industrieländern und jenen Ländern, die in den Rahmen der Weltwirtschaft eingepaßt sind, in einem Wechsel von Aufschwung und Stöckung, wobei der Aufschwung oft durch einen plötzlichen Zusammenbruch, die Krise, abgeschlossen wird. Solche Krisen kehren in den privatkapitalistischen Ländern in etwa zehnjährigen Abständen fast regelmäßig wieder. In Deutschland ist dieser Ablauf schließlich immer kürzer geworden. Dem schnelleren Aufschwung folgten kürzere Jahre der Stöckung. Seitdem aber der Weltkrieg das privatkapitalistische Wirtschaftssystem in Unordnung gebracht hat, folgen die Krisen schneller aufeinander; wir in Deutschland kommen aus den Krisen nicht mehr heraus. Die nun seit mehr als einem halben Jahre in Deutschland wütende Krise, man kann auch sagen: inszenierte Krise, ist aber ganz besonderer Art. Sie zeichnet sich aus durch eine besonders große Kopf- und Willenlosigkeit sowohl „unserer“ Regierungsmänner als auch der Wirtschaftsführer. Sie ist aber immer noch kein „Bankrott des Kapitalismus“ an sich, wie unsere bolschewistischen Freunde mit unermüdlicher Ausdauer seit 7 Jahren prophezeien; denn der Kapitalismus lebt in der übrigen Welt; in ganz besonders leistungsfähiger Jugendfrische aber in Amerika, und er ist auch noch stark genug, die „Neue ökonomische Politik“, die „Rep“ Sowjetrußlands, zu befruchten, das heißt, durch die privatkapitalistische Wirtschaftsweise den wirtschaftlichen Aufschwung des kommunistischen Rußlands einzuleiten.

Die jetzt in Deutschland herrschende Krise ist die Schicksalskrise des alten deutschen Kapitalismus. Der alte Kapitalismus, der sich fast lediglich auf die Ausbeutung der arbeitenden Menschen stützte, befindet sich im Verfall. Er wird von innen heraus unterhöhlt, weil er nicht mehr die Menschen in genügender Zahl findet, die bereit sind, für Löhne zu arbeiten, die bei allem Arbeitsleiß nur ein Dasein genähren, wie es eben in den ersten Lebensjahren des Kapitalismus der Fall war. Der alte Kapitalismus wird von innen heraus ausgehöhlt, wenn er nicht für die Bedürfnisse einer großen, kaufkräftigen Masse arbeiten und produzieren kann. Diese Voraussetzung vernichten aber die deutschen „Wirtschaftsführer“ selbst. Abbau der Löhne und Abbau der Sozialpolitik sind ihre Lösungen. Offenbar glauben sie, dadurch die Lebensdauer ihres Privatkapitalismus zu verlängern oder sogar erhalten zu können.

Diesen Irrtum müssen leider nicht sie selbst, sondern das deutsche Volk büßen. Die den wertvollen Teil unseres Volkes heute fast erdrückende Krise ist keine Krise, wie wir sie schon mehrmals über uns ergehen lassen mußten. Sie ist in erster Linie eine Krise des deutschen Kapitalismus selbst, der sich aus eigener Kraft nicht mehr helfen kann. Nachdem er einen großen Teil seiner Lebensquellen vernichtet und einen andern Teil seiner Kraftquellen mit der Lohnabbauparole verstopft hat, sucht er sich nun mit Hilfsmitteln zu retten, die der Natur des Kapitalismus widersprechen. Das „Spiel der freien Kräfte“ hob er auf — wie auch in andern Ländern —, gründete in Deutschland aber Kartelle, um die Preise hochzuhalten und um selbst bei geringerem

Kein Land der Erde von der gleichen wirtschaftlichen Tüchtigkeit der einzelnen und dem gleichen allgemeinen hohen Bildungsstand weist in der Wirtschaftspolitik eine solche Herrschaft des Dilettantismus auf wie Deutschland.

Prof. M. J. Bonn. („Das Schicksal d. deutschen Kapitalismus.“)

Abgesehen noch die Profite zu heben sowie die Selbstkosten auch des unrationellsten Betriebes noch zu bedenken. Dadurch wurde die Ausnützung der Unternehmerparasiten verhindert, der Preis hochgehalten und die Produktion gedrosselt. Was der deutsche Kapitalismus will, ist nichts anderes, als daß die Gewinne kapitalistisch bleiben, die Verluste aber sozialisiert werden sollen. Wir haben kürzlich im „Grundstein“ darüber berichtet, wieviel und welche Unternehmer Staatsunterstützungen bezogen haben. Diese Finanzierung mit den Mitteln der Allgemeinheit zum allgemeinen Grundfalsch zu machen, darauf sind heute die Bestrebungen vieler Unternehmergruppen gerichtet, und ihre prominentesten Vertreter propagieren in Wort und Schrift die Notwendigkeit und die Pflicht des Staates, mit den Mitteln der Allgemeinheit privatkapitalistische Unternehmen zu stützen. Aber der deutsche Kapitalismus verlangt für sein Weiterleben nicht nur die Gelder der Steuerzahler, sondern will selbst möglichst wenig, am liebsten gar keine Steuern zahlen; auf alle Fälle fordert er aber Steuererleichterungen. Er ist ferner der Haupttreiber in der Schutzollfrage. Darüber hinaus wollen deutsche Unternehmer den rücksichtslosen Kartellgedanken sogar internationalisieren. Bedarf es noch weiterer Beweise für die innere Krise des deutschen Kapitalismus? Um Keynes zu antworten, kann man heute mehr denn je sagen: Was den deutschen Kapitalismus betrifft, so entwickelt er sich nicht zu einem „Kapitalismus des Allgemeinwohls“, sondern zu einem „Kapitalismus, lebend vom Allgemeinwohl“.

Der amerikanische Kapitalismus hat erkannt, daß er nur durch eine Stärkung der Kaufkraft lebensfähig ist. Er hat zu diesem Zweck Methoden angewendet, die wir feineswegs als für alle Völker geeignet und als Sozialisten auch nicht für erstrebenswert halten. Aber den Methoden des deutschen Kapitalismus gegenüber verdienen sie doch den Vorzug. Die Lebenshaltung des amerikanischen Arbeiters ist bedeutend besser als die des deutschen. Jedermann in Deutschland weiß, daß dies ein Teilerfolg der dritten durchgeführten Rationalisierung, der Teilarbeit mit ihrer gewaltigen Steigerung der Produktion, ist. Die Rationalisierung wirkt für den amerikanischen Arbeiter segensreich.

Anders in Deutschland! Auch bei uns wird „rationalisiert“. Aber rücksichtslos, getreu der Einstellung

der Mehrzahl der Unternehmer, die im Arbeiter nicht den Menschen, sondern das Produktionsmittel sehen, dessen man sich entledigt, wenn man es nicht mehr gebrauchen will. So ist es gemacht worden bei der Rationalisierung des Stahlbergbaus, so geschieht es heute im Kohlenbergbau, wo heute schon 50 000 Kumpels auf der Strafe liegen, für die nach Ansicht der Fachleute überhaupt keine Aussicht besteht, jemals wieder im Bergbau beschäftigt zu werden. In andern Gewerben unterzukommen, ist auch nicht möglich. So wie es heute den Bergarbeitern, morgen den Chemiarbeitern, so wird es übermorgen den Arbeitern irgendeiner andern Gewerbegruppe ergehen. Morgen? Übermorgen? Nein, schon heute! Denn fast 2 Millionen sind arbeitslos; sie sind die Opfer jener großen Umwälzung, die sich in Deutschland anbahnt. Der alte, in sich völlig brüchige Kapitalismus der Kleinindustrie, des Handels und des Gewerbes, der Kapitalismus der Vorkriegszeit ringt mit dem Rationalisierungs- und Schwerkriegskapitalismus um die Beherrschung des Wirtschaftslebens. Die Folgen dieses Ringens finden ihren Niederschlag in dieser Krise.

Der Kampf der deutschen Unternehmer ist aber trotzdem ein gemeinsamer Kampf, wenn es gegen die Republik und ihre Arbeiterkraft geht. Zur Zeit des Merkantilismus wurde die Wirtschaft vom Staate beherrscht. Heute strebt „die Wirtschaft“ dahin, den Staat zu beherrschen. Die politischen und wirtschaftlichen Reaktionen Deutschlands arbeiten auf eine gemeinsame Kampffront hin. Eugen Berg, der lauteste Anführer im Kampfe gegen jeden Fortschritt und gegen die bürgerliche Republik, umschmeichelt seit Wochen die übrigen bürgerlichen Parteien, um sie für eine gemeinsame Kampflinie zu gewinnen. Namentlich arbeitet er auf eine Vereinigung zwischen den deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei hin. Die endgültige Vereinigung will man durch eine vorläufige Arbeitsgemeinschaft einleiten. Die noch bestehenden Unterschiede in den verschiedensten Auffassungen — sie werden von Tag zu Tag geringer — will man überbrücken. Ueber die Außenpolitik des Ministers Stresemann werden sie recht bald zu einer Einigung kommen, weil die deutschnationalen es sehr gut verstehen, sich auf den Boden gegebener Tatsachen zu stellen, wenn der Agitationslärm verklungen ist. Die gegenseitigen Besuche der Großlandwirtschaft und Großindustrie mögen so harmlos aussehen wie sie wollen, sie sind aber als eines jener Zeichen zu werten, daß auf eine endgültige Entspannung unter den Parteien des Großbürgerkultums hingearbeitet wird. Und wenn während dieser Zusammenkünfte bei den Trintgelagen und den gedeckten Tafeln Neben vom Stapel gelassen wurden, dann lautete ihr Untergrund immer: Industrie und Landwirtschaft müssen gemeinsam an einem Strange ziehen! Gewiß waren die Ansichten in diesen beiden Lagern auch bisher schon nicht sehr verschieden, dennoch war ein großer Teil der Großindustriellen bei der Volkspartei, beim Zentrum, einige sogar bei den Demokraten organisiert. Es fehlte aber die organisatorische Einheit, um in jeder Form eine einheitliche, zielbewusste und klare Unternehmenspolitik in politischen und wirtschaftlichen Fragen zu treiben. Im preussischen Staatsrat ist eine Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Parteien zustande gekommen. Man sieht hierin nicht mit Unrecht den Anfang einer bestimmten Entwicklung. Die preussische Regierung in ihrer jetzigen Gestalt ist den Herren ein Dorn im Auge. Sie zu beseitigen, ist das erste Ziel derartiger Vereinigungen.

Krisen auf wirtschaftlichem und Krisen auf politischem Gebiet; das sind für die deutsche Arbeiterkraft Signalbälle. Sie zeigen die immer stärker werdende Spannung zwischen Kapital und Arbeit, zwischen republikanischem Fortschritt und monarchistischem Rückschritt.

Demgegenüber gilt es nachmah zu sein. Es gilt, die Gewerkschaften und die republikanischen Verbände zu stärken. Diese Organisationen sind die jugendgebendsten Dämme gegen die reaktionären Flutwellen. Die Gefahr ist zur Zeit auf wirtschaftlichem Gebiet größer als auf politischem. Nach und nach, und nach vielen, schließlich immer ergebnislosen politischen Restaurationsversuchen, beginnen die Gegner der Republik, sich mit der gegenwärtigen Staatsform abzufinden. Die Rechtspolitischen wenden nun ihr Interesse mehr dem wirtschaftlichen Gebiet zu. Hier wird versucht, durch Massenentlassungen die Arbeitslosigkeit zu verschärfen und die Erwerbslosen zum Aufstand zu provozieren, mit dessen blutiger Niederwerfung auch zugleich die Republik, die Demokratie und sämtliche Arbeiterrechte beseitigt werden sollen. Dem Aufschütteln entgegenzutreten und ihm gegebenenfalls unsere Arbeiterkräfte spüren zu lassen, ist notwendig. Ob es so weit kommen wird, wie es die Claf und Sodenstern wollen, braucht niemand zu glauben. Wer überzeugt wird jeder Arbeiter, jede Arbeiterin davon sein, daß diese Krisenzeiten feste, starke und große gewerkschaftliche Organisationen erzeugen. Die Signalbälle der Gewerkschaftsrevue zeigen Sturm! Holt die Säumigen heran, rüttelt die Lauen auf!

**Ausschusstagung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.**

Am 9. und 10. Juli tagte in Düsseldorf der Bundesauschuss des ADGB. Zum ersten Male waren zu einer Ausschusstagung Behörden und Regierungsstellen eingeladen. Leipzig eröffnete die Tagung und begrüßte die erschienenen Vertreter der Behörden und im einzelnen den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, den als Vertreter des Reichsarbeitsministers erschienenen Ministerialdirektor Dr. Weigert, den Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung Dr. Srup, den Regierungspräsidenten Bergemann, der zugleich den Oberpräsidenten vertritt, dann den Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf, Dr. Lehr, und den Landeshauptmann Dr. Gorion sowie Professor Dr. Schloßmann, den Leiter der Geologie. Leipzig weist dann darauf hin, daß die große Ausstellung der Stadt Düsseldorf bestimmend war für die Wahl des Tagungsortes. Hier nicht nur Schluß für die Vertreter der Gewerkschaften zur Ausstellung, sondern die Bundesauschuss will durch die Größe der Arbeiterkraft der Stadt Düsseldorf und der Ausstellung übermitteln. Eine in diesem Sinne gefasste Entschiedenheit wurde vom Bundesauschuss angenommen. Nach den Begrüßungsworten der Behörden und der Regierungswörter beginnen die Beratungen über die Lage des Arbeitsmarktes und die Erwerbslosenfürsorge. Als Berichterstatter erhält der Vertreter der sozialpolitischen Abteilung des Bundesvorstandes, Dr. Woeder, das Wort. Er führte etwa aus: Der minimale Mangel der Arbeitslosigkeit im ersten Halbjahr dieses Jahres hat die schlimmsten Erwartungen übertroffen. Am schwersten betroffen sind immer noch: das Baugewerbe mit 23 % Arbeitslosen, die Bekleidungsarbeiter mit 22,2 %, Textilarbeiter 19,9 %, Gutarbeiter 26,4 %, Schuhmacher 22,3 %, Lederarbeiter 25,2 %, Sattler und Korbflechter 31,7 %, Tabakarbeiter 27,8 %, die Metallarbeiter mit 20,6 % der Arbeiter mit 25,9 % Arbeitslosen. Die Zahl der Arbeiter entspricht ungefähr der Zahl der Rollenverarbeiter. Die Ursachen der heutigen Arbeitslosigkeit sind zu suchen vor allem in dem Missverhältnis zwischen der Produktionsfähigkeit unserer Industrie und der Absatzmöglichkeit auf dem In- und Auslandsmarkt. Immer größere Massen werden auch wegen der technischen und organisatorischen Rationalisierung arbeitslos. Eine besondere Rolle besteht im Bergbau. Eine Reihe von Industrien werden durch das Dumping der Inflationsländer bedroht. Die Forderungen der Gewerkschaften nach Erhöhung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosen dienen nicht zuletzt auch der Erhaltung der Kaufkraft. Die heutigen Sätze können nicht als ausreichend angesehen werden. Geändert werden muß auch das heutige System der Unterstützung, das ein Mittelband aus Kurze und Arbeitslosenfürsicherung darstellt. Eine Einschränkung über diese von den Gewerkschaften geforderte Unterstützung konnte nicht erzielt werden, da die Regierungsgutachten zugunsten des Sozialversicherungsausschusses vorliegen, die nach unter dem Blick, das der ursprüngliche Regierungsentwurf vorgesehen hatte. Da auch im Reichswirtschaftsausschuss über die Zwischenfragen und vor allen Dingen über die finanzielle Auswirkung der verschiedenen Vorschläge keine Einigkeit erzielt werden konnte, hat die Regierung vorerst eine Erhebung über die Auswirkung der verschiedenen Vorschläge angeordnet. Inzwischen gilt es, auf dem Boden des bestehenden Systems an der Verbesserung der Unterstützung weiterzuarbeiten. Die Verlängerung der Geltungsdauer der heutigen Sätze bis zum 31. November dieses Jahres kann nicht genügen. Eine Erhöhung ist unbedingt erforderlich. Ebenso ist es notwendig, daß die Unterstützung für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit gewährt wird. Die seit dem 10. Februar dieses Jahres geltende Anordnung über Kurzarbeiterfürsorge muß als unzureichend bezeichnet werden. Vor allen Dingen ist es unangenehm, daß der erste und zweite ausfallende Arbeiter in einer Woche überhaupt nicht entschädigt wird. Als eine besonders wichtige Aufgabe wird den Gewerkschaften die Vermehrung der produktiven Mittel angesehen. Die Zahl der Kraftwerksarbeiter ist von 170.000 am 15. Mai auf 154.000 am 15. Juni gesunken. Die mühe um ein Erhöhen der Beschäftigung ist im jüngsten Jahr dem Reichstag aufgeschickte Programm für die Durchführung produktiver Arbeiten entgegen den immer wieder bekannten Forderungen der Ge-

werkschaften. Die Arbeiten müssen aber beschleunigt durchgeführt werden. Die Gewerkschaften fühlen sich für die soziale Lage der Arbeiterkraft ebenso verantwortlich wie für die Lage der gesamten deutschen Wirtschaft. Sie können nicht anerkennen, daß zwischen den Bestrebungen, die auf eine Verbesserung des sozialen Lebensstandards der breiten Massen hinführen und zwischen dem Wohlergehen der gesamten Volkswirtschaft ein Gegensatz besteht. Sie sind darum der festen Überzeugung, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit heute Hauptaufgabe sowohl der Sozialpolitik als der Wirtschaftspolitik selbst sein muß. Gegenüber der Masse der Erwerbslosen sowohl als gegenüber der gesamten Öffentlichkeit erklären die Gewerkschaften, sich bis zum letzten einzusetzen, um der Bekämpfung der aufgestellten Forderungen zu dienen.

Alsdann ergriff der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius das Wort. Die Reichsregierung hat in Fortsetzung und unter Erweiterung der bisherigen Maßnahmen einen umfassenden Plan aufgestellt, um angesichts der außerordentlichen Notlage neue und zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, die sich noch in diesem Jahre auf dem Arbeitsmarkt auswirken sollen. Um alle bürokratischen Hemmnisse bei der Durchführung dieses Arbeitsbeschaffungsprogramms zu beseitigen, hat die Reichsregierung einen mit Vollmachten ausgestatteten Ministerialausschuss eingesetzt, der die Durchführung dieses Programms in enger Fühlung mit den Landesregierungen gewährleistet. Der Minister geht sodann auf die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Stärkung des Arbeitsmarktes und Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten ein. Zunächst geht es sich selbstverständlich, die sogenannte produktive Erwerbslosenfürsorge nach dem Einsetzen der Krise wesentlich zu erweitern und auszugestalten. Ferner wurde versucht, durch beschleunigte und vermehrte Zerschlagung öffentlicher Aufträge vornehmlich einzelnen Industrien in gewissem Umfang Beschäftigungsmöglichkeiten zu beschaffen. Die Maßnahmen der Regierung umfassen auch die Eingabe von öffentlichen Mitteln an einzelne private Unternehmungen zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe und die Gewährung von Krediten der öffentlichen Hand an bestimmte Wirtschaftszweige. Außerdem soll versucht werden, den Auslandsabfuhr der deutschen Wirtschaft zu heben, neue Kreditmöglichkeiten zu erschließen oder durch Senkung der Produktionskosten eine Erleichterung der Wirtschaftslage zu erzielen. Bei der sogenannten produktiven Erwerbslosenfürsorge waren am 15. Mai über 170.000 Arbeiter beschäftigt, eine Ziffer, die bisher von keinem Lande der Welt erreicht worden ist. Wohl hat sich diese Ziffer am 15. Juni etwas geändert. Im Rahmen des neuen Programms wird aber dafür gesorgt werden, daß sie wieder erreicht und wesentlich übergriffen wird. Als zu Beginn dieses Jahres die geringste Zahl der Arbeitslosigkeit immer stärker anstieg, war es Aufgabe der Wirtschaftspolitik, der Industrie gewisse, wenn auch begrenzte, neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Das war vor allem aus hygienischen Gründen geboten, weil jeder übertriebene Wirtschaftsspektivismus zu übermäßigen Entlassungen und Schließungen führt; auch in solchen Fällen, wo die Lage des einzelnen Betriebes nicht unbedingt dazu nötigt. Zur Stärkung einzelner Unternehmungen belonte der Minister: Die öffentliche Hand darf nicht zum Bankier der Wirtschaft werden. Trotzdem müßten in einzelnen Fällen von Reichswegen bestimmte Unternehmungen unterstützt werden, nachdem alle sonstigen Mittel und Wege erschöpft waren, um diese Betriebe vor dem Untergang zu bewahren. Wenn man diese Unterstützungsaktionen vielleicht auch nicht unter den Begriff der Arbeitsbeschaffung einreihen kann, so würden ohne sie doch zweifellos weitere Massen Erwerbslose auf den Arbeitsmarkt geworfen, deren verminderte Kaufkraft zur Verschärfung der Krise beitragen würde. Die Maßnahmen zur Steuerung der Wirtschaftspolitik, die Wirtschaftszweige dürfen nicht als generelle Konventionenpolitik gewertet werden. Nur dort ist geholfen worden, wo man annehmen konnte, daß die in Frage kommenden Wirtschaftszweige nach einer gewissen Übergangszeit aus eigener Kraft ihre Produktion fortzuführen in der Lage sein würden. So sind die Mittel der Reichsregierungsstelle der Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion dienlich gemacht worden. Den deutschen Kreditern sind Kredite gewährt worden. In diesem Zusammenhang ist auch der Zwischkredit von 200 Millionen Mark für den Kleinwohnungsbau zu nennen. Es ist zu hoffen, daß nach einer Verlängerung der vorgesehenen Kreditfristen, der der Reichstag kurz vor seiner Vertagung zugestimmt hat, der Baumarkt stärker als bisher durch diesen Zwischkredit Anregung erfahren wird. Die Anträge gehen numerisch von den Ländern in größerer Zahl ein. 40 Millionen sind bereits abgehoben und weitere 7 Millionen neu angefordert. Von den schwedischen Handelsvertregerhandlungen sind zunächst die mit Frankreich herabgezogen. Im Augenblick wird zwischen beiden Parteien über ein Teilabkommen verhandelt, das beiden Seiten die Befähigung auf dem Markt des anderen erleichtern soll. Es ist fraglich, ob der Abschluß eines derartigen Abkommens in Kürze möglich sein wird. Von deutscher Seite wird ebenfalls alles getan, um, soweit es Teile brauchbare Verhandlungsgrundlagen zu schaffen. Die französische Regierung muß sich aber dazu verstehen, die Entscheidungen, die wir der französischen Regierung in Deutschland zu geben bereit sind, auch unsere Staatsangehörigen auf dem französischen Markt zu gewähren. In den Verhandlungen mit der Schweiz sind wir zu einer weitgehenden Annäherung auf den einzelnen Verhandlungsgebieten gelangt, daß mit einem baldigen Abschluß gerechnet wird. Ebenso liegt es mit Japan. Es schweben dann noch die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen, die sich ganz besonders schwierig gestalten, außerdem mit der Türkei, mit Griechenland und mit Mexiko. Mit Litauen und der Tschechoslowakei werden die Verhandlungen demnächst eröffnet werden. Zur Förderung des Exportes mußten auch neue Wege beschränkt werden, so den der Exportkreditversicherung und des Russen-

geschäfts. Die Bestrebungen des Reiches zur Schaffung einer Exportkreditversicherung haben zu einem Erfolg geführt. Die Versicherungsgesellschaft hat ihre Tätigkeit aufgenommen. In der Schaffung einer zweiten Form der Exportkreditversicherung, die sich an die Wirtschaft der Hamburger Exporteure anlehnt, wird mit Aussicht auf baldigen Erfolg gearbeitet. Um den inneren deutschen Markt anzuregen, waren insbesondere auf dem Gebiete des Kreditwesens manche Hindernisse zu beseitigen. Es galt zunächst den durch die Inflation und ihre Folgen gesicherten Markt für langfristige Kredite wieder aufzubauen. Die hierauf zielenden Arbeiten der Reichsregierung sind durch die Entwidlung der Dinge unterbrochen worden. Kreditinflationen, ausländische Hilfe, noch auch ausländisches Fremdkapital, dazu die ständig wachsende Staatsschuld haben eine Geldfälligkeit herbeigeführt, die wieder den Anlagemarkt leert hat. Der drückenden Geldnot der Landwirtschaft wird dadurch Rechnung getragen werden, daß die Fälligkeitstermine der von den öffentlichen, rechtlichen Stellen an die Landwirtschaft gegebenen Kredite auseinandergezogen werden. Ein Problem, das wegen seiner Bedeutung für die gesamte Wirtschaft die allergrößte Beachtung verdient, ist die Bewegung der Ernte. Die Landwirtschaft soll gegen Lombarisierung ihrer Produkte von den Warengegensätzen Wechsel in Höhe von 80 % des Wertes des lombardierten Getreides erhalten. Trotz der herrschenden Geldfälligkeit besteht gerade bei den kleineren und mittleren industriellen Unternehmungen ein bisher noch nicht voll befriedigtes Kreditbedürfnis. Eine geeignete Lösung hierfür muß gefunden werden. Zu den Kreisen, die von der Krise besonders hart betroffen werden, gehört vor allem das große Heer der Kleinrentner. Diese Erträgen haben zur beschleunigten Erfüllung des neuen Arbeitsbeschaffungsprogramms beigetragen (das wir in der vorigen Nummer des „Grundstein“ besprochen haben. Neb.). Der Reichsfinanzminister hat sich bereit erklärt, neue Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge von reichswegen zur Verfügung zu stellen, nachdem der Haushaltsausschuss des Reichstages die Ermächtigung erteilt hat, die einkommensmäßig vorgeesehenen 100 Millionen zu überschreiten, in der Erwartung, daß die Länder die gleiche Mitwirkung machen. Außer diesen neuen Mitteln hat sich das Reichsfinanzministerium bereitgefunden, weitere 30 Millionen der produktiven Erwerbslosenfürsorge zum Wohnungsbau für landwirtschaftliche Arbeiter zur Verfügung zu stellen, wodurch die ausländischen Arbeiterkräfte, die sich in der landwirtschaftlichen Dauerbeschäftigung befinden, durch deutsche Arbeiter ersetzt werden sollen. Man hofft mit dieser Summe, wenn der gleiche Beitrag von den Ländern erbracht wird, 10.000 neue Wohnungen schaffen zu können. Schwieriger gestalten sich die Verhandlungen über neue Mittel, die dem Wohnungsmarkt zuzuführen sind. Der preussische Wohnungsbauminister teilte uns in den letzten Tagen mit, daß für Preußen — bei den anderen Ländern liegt es anders — die Erhebung des Wohnungsbau nicht auf den Mangel an erfindlichen Hypotheken zurückzuführen sei, sondern auf die Schwierigkeit, die zweite Hypothek zu beschaffen. Die bereitgestellten Mittel der Hauszinssteuer reichen nicht aus, um die 100.000 Bauarbeiter in Preußen zu beschäftigen. Es müssen deshalb zusätzliche Mittel für den Wohnungsbau aufgebracht werden. Die Reichsregierung hat bereits auch für diese Zwecke mit den Ländern zusammen neue Mittel bereitgestellt. Es darf erwartet werden, daß die Bautätigkeit in der zweiten Hälfte der Bauperiode in stärkerem Maße als bisher einsetzt, zumal auch die Industrie, die bisher mit Bauteil zurückgefallen hat, nach den Anmahnungen des Bauamtes herausgehoben wird. Darüber ist sich die Reichsregierung einig, daß sich jetzt in diesem Jahre Vorarbeiten für die Aufstellung eines einheitlichen Bauprogramms für die kommenden Jahre getroffen werden können. Bei den weiteren Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung handelt es sich nicht darum, nicht nur der gegenwärtigen Not der Arbeitslosigkeit zu steuern, sondern den Arbeitsmarkt auf die Dauer zu stützen. Es werden daher jetzt, in der arbeitsarmen Zeit, Projekte in Angriff genommen, deren Durchführung zwischen Reich und Ländern schon vereinbart, die aber teilweise auf eine spätere Zeit zurückgestellt waren, weil man angesichts der allgemeinen Kapitalknappheit nicht an den in- und ausländischen Kapitalmarkt heranzutreten konnte. In dieser Richtung ist zunächst der weitere Ausbau der Wasserstraßen geplant worden. Das Reichslabor hat sich entschlossen, die Wasserstraßen, die bereits die Genehmigung des Reichstages erhalten haben — jenen die technisch und nach den vorliegenden Bauplänen durchführbar ist — beschleunigt weiter zu fördern. Dazu sollen Bauarbeiten, die für das Jahr 1927 vorgesehen waren — soweit nur irgend möglich — schon in diesem Jahre vorweg in Angriff genommen werden. Eine besondere Erleichterung für die Arbeitslosigkeit im Auftragsgebiet wird die verstärkte Durchführung der Arbeiten am Kanal Hamm-Sippfeld bedeuten. Die Verhandlungen mit den Ländern und den sonst interessierten Stellen über die Weiterführung des Mittellandkanals sollen von dem Reichsverkehrsministerium beschleunigt aufgenommen werden. Für den Fall, daß sich eine Einigung, vor allem über die Frage der Erhaltungsbeträge, ergibt, sollen die Arbeiten an der Hauptstrecke des Mittellandkanals, zwischen Magdeburg und Weine, sofort, also noch in diesem Jahre, aufgenommen werden. Außerdem wird der Reichsfinanzminister damit einverstanden, daß schon jetzt die Bauarbeiten für den Südtalweg begonnen werden. Die Reichsregierung hat ferner beschlossen, die Verhandlungen mit den Ländern wegen der Fortführung der Arbeiten am Rhein-Main-Donaukanal und am Neckar Kanal so zu beschleunigen, daß die Mittel für diese Arbeiten — 9,7 Millionen Mark —, deren Verwirklichung Etwas ausgefallen ist, möglichst bald zur Geltung kommen können. Außerdem soll der Bau des Staubeckens bei Ohmstadt, durch das die Oder auch in massiveren Zeiten mit größerer Last befahrbar gemacht und daneben eine jährliche Erzeugung elektrischer Arbeit von mehr als 10 Millionen Kilowatt geschaffen wird, sowie der Kanal und die Kanalstation des unteren Kampen-Dörpitz auf beschleunigt; zumal der Kanal jetzt schon als Motorisationskanal ausgebaut wird. Für die oben genannten Bauten sind bisher im Haushalt des Reichs-

# An die deutsche Arbeiterjugend!

Düsseldorf, 10. Juli 1926.

Die deutschen Gewerkschaften können auf eine Geschichte von nahezu acht Jahrzehnten zurückblicken. Aber es sind kaum vierzig Jahre verfloßen, seit die Gewerkschaften aus unscheinbaren, kaum beachteten örtlichen Organisationen zu den mächtigen Zentralverbänden wurden, die in allen Städten und Gemeinden jetzt einen großen Teil der gesamten Arbeiterkraft in ihren Reihen vereinen. Die besten und weitblickendsten Elemente der deutschen Arbeiterkraft sind in den Gewerkschaften zusammengeschlossen. Männer und Frauen, die nicht nur ihrem eigenen Vorteil nachgehen, sondern im Grunde mit ihrem Kameraden — einer für alle und alle für einen — sich und den kommenden Geschlechtern Raum für ein freies, nach außen gesichertes, den großen Kräften einfließen und geistiger Kultur erschließbares Leben erkämpfen wollen.

Ziel erlebte Solidarität unter den Arbeitstrüdern und Schwestern ist die sittliche Macht, der die Gewerkschaftsbewegung ihren Aufschwung verdankt. Generationen von Arbeitern und Arbeiterinnen haben, mitgeriffen von diesem Geist opferwilliger Kameradschaft, begeistert von der großen Idee einer Weltfriede, die von dem Grundgedanken der Solidarität mit allen in ihre Tätigen beherrscht sein soll, unter harten Entbehrungen und schweren Kämpfen ihre ganze Kraft eingesetzt für einen großen Gedanken. Niemand würde, ob dieser Gedanke jemals Wirklichkeit werden würde. Die herrschenden Mächte, die Gesamtheit der Unternehmer, der Staat, die Kirche, alle waren verbündet gegen den Aufstand der Armen und Entsetzten, der im vergangenen Jahrhundert begann. Feinde ringsum und keinen Helfer als die eigene Kraft und den leidenschaftlichen Glauben an die Zukunft, in der auch der Arbeiter Mensch sein darf, frei von den drückenden Sorgen des Alltags, heimatberechtigt in seinem Lande, dessen gewiß, daß nicht schon der nächste Tag ihn und die Seinen mittellos der äußersten Not überantworten würde.

Dieser unerbittliche Glaube der vergangenen Generationen hat den Weg ins Freie gebahnt. Im Vergleich zu der Zeit, in der das Deutsche Reich gegründet wurde, ist ein gewaltiger Wandel in den Beziehungen von Kapital und Ar-

beit eingetreten. Die Alleinherrschaft der Unternehmer im Betrieb ist gebrochen. Ihre Vorherrschaft in Staat und Wirtschaft ist bedroht. Die Organisation der Arbeit, die in den Gewerkschaften erstanden ist, hat in zähem, jahrzehntelangem Angriff den übermächtigen Gegner auf vielen Gebieten in die Defensive gedrängt. Es kann niemand mehr im Ernst bezweifeln, daß die Zeit vorüber ist, in der das Kapital allein den unbestrittenen Anspruch erheben konnte, die Wirtschaft zu organisieren. Die Arbeit und ihre Vertreter, die Gewerkschaften, treten im ganzen Bereich der Wirtschaft mit dem Anspruch auf, gleichberechtigt an den Fragen der Wirtschaftspolitik wie der Wirtschaftsführung mitzuwirken. Der große Kampf um die Demotisierung der Wirtschaft ist eingeleitet, aber noch lange nicht abgeschlossen. Er bedarf zu seiner siegreichen Durchführung des gleichen leidenschaftlichen Opferbereitschaften, wie es die ältere Generation besaß. Das junge Geschlecht muß es das begonnene Werk der im Dienst der Bewegung ergrauten Männer und Frauen fortsetzen und vollenden.

In Euch, an die Gewerkschaftsjugend überall in Deutschland, wendet sich deshalb der Bundesausschuß, an Euch als die Träger der Zukunft, als die Erben des von den Vätern errungenen Besitzes: Seid Euch der großen, durch eine ruhmvolle Kampftat, durch die Tüchtigkeit und den Opferinn von Millionen Arbeitern geselligen Aufgabe bewußt, deren Durchführung Eurem Geist, Eurem Willen anvertraut ist. Behauptet Euch, wie die alten Kämpfer es getan, jedem Widerstand zum Trotz. Gest alt, die dem großen Gedanken der gewerkschaftlichen Solidarität noch fremd sind, ein leuchtendes Vorbild kameradschaftlicher Treue und zielbewußter Kraft. Dann laßt und muß Euch, den Jungen, die Ihr noch in der Minderzeit des Lebens steht, eine neue Epoche des Aufschwungs beginnen. Dann wird die Zeit anbrechen, in der Ihr erntet auf dem Boden, den die alte Generation bereitet und Eurer besonderen Pflege anvertraut hat: jene echte Freiheit des einzelnen, die allein durch die Interessen der Gemeinschaft, das Wohl des Volkes begrenzt wird; jene echte Volksgemeinschaft, in der jeder einzelne sich als dienendes Glied dem Ganzen einordnet.

## Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

schäftsministeriums keine Mittel bereitgestellt. Handelt es sich hier doch um erhebliche finanzielle Belastungen für die kommenden Jahre. Außerdem bedürfen hierbei berufs- politische und wirtschaftliche Fragen noch eingehender Klärung. Das Kabinett hat sich aber entschlossen, die Vorarbeiten so zu beschleunigen, daß die Arbeiten in möglichst großem Umfang in Gang gesetzt werden können, sobald der Reichstag seine Zustimmung gegeben hat. Von der Reichsregierung sollen die Entwürfe fertiggestellt werden, deren Wert die Länder begutachten und deren Beratung durch das Reich auf Grund des Staatsvertrages über den Übergang der Staats-eisenbahn auf das Reich von den Ländern verlangt wird. Hierzu hat die Reichsfinanzverwaltung der Deutschen Reichs-bahn-Gesellschaft rund 50 Millionen Mark unter besonders günstigen Zinsbedingungen zur Verfügung gestellt. Es handelt sich bei diesem Eisenbahnprogramm um rund 280 km Gleis, um Zummelbauten, Eisenbahnverlegungen sowie Hochbauten. In den Vorparagrafen ist erzieht worden, daß entgegen der ursprünglichen Absicht der Reichsregierung schon in diesem Jahre eine größere Summe verwandt wird; die Hauptsumme jedoch im Jahre 1927. In gleicher Weise wie dieses 50 Millionen-Kredit durch Zinsermäßigung ermöglicht wurde, soll durch Zinsermäßigung die Reichsbahn zur Herausgabe weiterer Aufträge im Gesamtbetrag von 100 Millionen Mark beauftragt werden. Die Zinsermäßigung ist darin begründet, daß für sie die Beträge, die sonst nur der reinen Eisenbahnunterhaltung dienen, verwendet werden. Die Hauptprogramme liegen fertig vor. Bei den Brücken- umbauten, Wohnhäuserneuerungen, Werkstättenanlagen, Wohnbauten, wird die Bauindustrie Aufträge erhalten. Auch für die technische Ausrüstung des Fahrzeugparks ist ein größerer Anteil dieser Summe vorgesehen. Auf die Zustimmung des Verwaltungsrats darf wohl bestimmt gerechnet werden. Die Durchführung unserer Bahnen wird ebenfalls durch diese finanzielle Hilfe des Reiches gefördert werden. Die Hofverwaltung hat sich im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms entschlossen, außer den Aufträgen, die im Etat vorgesehen sind, weitere für die Post dringliche Aufträge in dieses Etatsjahr zu vergeben. Bei der Durchführung des genannten Bauprogramms wird versucht, im weitestgehenden Maße Mittel und die technischen Möglichkeiten, den besonderen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes durch Umstellungen in der geistlichen Rechnung Rechnung zu tragen, das heißt also, notwendigen Anstrengungen bestmögliche Aufträge zu erteilen und Begriffe mit besonders großer Arbeitslosigkeit bei der Vergabe und Verteilung der Arbeiten in erster Linie zu bevorzugen. Bei diesem großen Beschaffungsprogramm handelt es sich also nicht nur darum, bei vermehrten Hilfsarbeiten Erwerblosen auch außerhalb ihres gelernten Berufes vorübergehende Beschäftigung zu geben, sondern vor allem um die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten der Arbeiter innerhalb ihres gelernten und geübten Berufes.

Die Grundlage für diesen gesamten Arbeitsbeschaffungsplan ist aber nur dadurch gegeben, daß sich das Reich über die beteiligten Verwaltungen für die während des Jahres an den Arbeitsmarkt nunmehr wenden können. Nach nur einem halben Jahre konnten diese Wege nicht aber nur mit Geschäften für die übrige Wirtschaft beschleunigt werden. Heute glaubt es die Reichsregierung verantworten zu dürfen. Der Minister kommt darauf auf die Tätigkeit des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates zu sprechen und betont, daß es hohe Zeit ist, nunmehr den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat durch den endgültigen Reichswirtschaftsrat abzulösen. Er soll das maßgebende Gutachterorgan für die Regierung und die gegebenenfalls Vorschläge werden. Die schwierigen und umfangreichen Arbeiten für das zu erledigende Werk sind nunmehr soweit fortgeschritten, daß der Entwurf im Herbst den gegebenen Vorschlägen vorgelegt werden kann.

Im Anschluß an die Ausführungen des Reichswirtschaftsministers betonte Dr. Weigert, als Vertreter des Reichsarbeitsministers, den festen Willen des Ministers und der Reichsregierung, die Arbeitslosenversicherung in diesem Winter zur geordneten Regelung zu bringen. Der Redner wandte sich dann zu der unterliegenden Erwerbslosenfürsorge und erklärte, daß die Reichsregierung bei ihren Bemühungen um ein Lohnlosensystem in der Erwerbslosenfürsorge niemanden auf einen Waden der Erwerbslosenunterstützung ausweichen lasse. Sie habe nur die Unterstützung an die nationale Gliederung der Arbeiterkraft und ihren bestmöglichen Lebensstandard anpassen wollen. Die Frage habe jetzt durch die Erhebung, die auf gesetzlicher Grundlage stattfinden soll, einen vorläufigen Lösung gefunden. Zu dem Arbeitsbeschaffungsprogramm bemerkte Dr. Weigert, es sei für den Reichsarbeitsminister eine besondere Genugtuung, daß die wesentlichen Punkte seiner Reichstagsrede vom 20. Juni schon jetzt der Verwirklichung nahegebracht seien, wie insbesondere die Anregung der Eisenindustrie durch öffentliche Aufträge und die Förderung des Wohnungsbau. Er wird im übrigen bei der Durchführung des ganzen Planes seine Aufgabe darin sehen, den Gedanken der Arbeitsbeschaffung gegenüber den anderen beteiligten Stellen nachdrücklich zu vertreten. Diesem Zweck soll die besondere Ministerialkommission dienen, die unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers steht.

Die Aussprache eröffnete Hilmann (Metallarbeiter), der besonders betont, daß das Arbeitsbeschaffungsprogramm nicht unter dem Gesichtspunkt sogenannter „Hilfsarbeiten“ betrieben werden dürfe; denn die Arbeiten sollen nicht nur der Unterbringung Arbeitsloser dienen. Hilmann sprach sich für einen Ausweis, daß es erforderlich wäre, wenn es gelänge, das Arbeitsbeschaffungsprogramm zu verwirklichen. Hinderlich sei dabei eine gewisse Anarchie, die, wie ihn scheine, nicht nur in unseiner Wirtschaftsführung, sondern auch in den Arbeiten der mit diesen Aufgaben betrauten Behörden zu finden sei. Zu viele Behörden seien nebeneinander tätig, und häufig genug arbeite die eine Behörde gegen die andere. Die Lage des Baugewerbes habe nachteilige Auswirkungen für viele Industrien, die von der Bauwirtschaft abhängig seien. Es hätten Steuerermittel vorhanden sein müssen, um die Bauwirtschaft in Fluß zu bringen; statt dessen beobachtet man eine steigende Wohnungsnot. Die Lage werde verändertes, weil die bestehenden Wohnungen trotz großer Reparaturbereitschaft nicht ausgebaut werden. Das gleiche gelte für den Straßenbau und die Eisenbahn; hier sei Arbeitslosigkeit in großem Umfang gegeben. Man wisse

bevorzugen, daß man diese Schlüsselgewerbe so hohe verfallen lassen. Die Bauarbeiter waren nie voll beschäftigt. Man habe anscheinend sogar eine gewisse Angst vor so hoher Vollbeschäftigung, weil man davon Lohnforderungen befürchte. Wenn es der Regierung nicht gelingt, eine Organisation der Bauwirtschaft auf lange Sicht zu erreichen, so werde der gegenwärtige höchst unbedrückende Zustand noch lange bestehen bleiben. Raplow wendet sich auch dagegen, daß die arbeitslosen Bauarbeiter scharf behandelt werden, als die anderen Arbeitslosen. — Vertus Hanna (KOH) erinnert daran, daß die erwerbslose Frau die größte Not zu tragen habe und fordert von den männlichen Kollegen, die uneingeschränkte Solidarität für die erwerbslosen Frauen. — Simon (Schuhmacher) erwartet von der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms eine Erhebung der Konsumkraft der Massen. Die mangelnde Konsumkraft sei es vor allem, worunter die Schuhindustrie leide. Gegenwärtig habe die Schuhindustrie eine außerordentlich große Arbeitslosigkeit. In der Schuhindustrie seien Betriebe, in denen seit Monaten nur 8 Stunden in der Woche gearbeitet wird. — Tarnow (Goldarbeiter) legt das Hauptgewicht auf die Wiederbeschaffung normaler Arbeitsgelegenheiten. Die Arbeiterkraft behrte jede normale Arbeitsgelegenheit mit viel größerer Freude, als selbst die besten Unterhaltungen. In der deutschen Wirtschaftsführung fehle es an einer eindeutigen wirtschaftspolitischen Richtung. Die vom Innenministerium verfolgte Führung der Arbeit bedeute das Gegenteil von dem, was erforderlich ist. Dies Verhalten der Unternehmer sei die wichtigste Ursache für die Katastrophe der deutschen Wirtschaft. Wirtschaftlich gesehen, sei diese Auffassung des Innenministeriums ganz unabweisbar, und da nicht anzunehmen ist, daß das Innenministerium sich an eine die Wirtschaft fördernde Richtung seines Mandats glaubt, ist seine Haltung nur aus einer erstaunlichen unzulässigen Brutalität zu erklären. Verehme man den Ausfall an Konsumkraft, so brauche man sich nicht mehr über die wirtschaftliche Depression zu wundern. In die Regierung richtet Tarnow die Aufforderung, eine Aktion zur Stärkung der Massenaufricht einzuleiten, indem sie das wirtschaftspolitische Gewissen und die wirtschaftspolitische Verantwortung des Innenministers wach richte. Damit würde die Regierung durchaus nicht nur im Interesse der Arbeiter und im Sinne der Gewerkschaften, sondern für das Wohl der deutschen Volkswirtschaft handeln. — Leipart stellt als Ergebnis der Aussprache fest, daß unter den Vertretern der Verbände vorstünde die Vereinbarung darüber bestehe, daß die Gewerkschaften auch angehörig der Erklärungen der Regierungsbekanntmachung müßten an ihrer Entschlossenheit, möglichst schnell große Zahlen zu fordern. Es bestche auch keine Meinungsverschiedenheit über den außerordentlichen Ernst der wirtschaftlichen Situation. In der Vergangenheit sei den Mahnungen der Vertreter der Arbeiterkraft leider nicht die Beachtung geschenkt worden, die sie hätten erwarten dürfen. Er glaube, daß der Bundesausschuß aus den Erklärungen der Regierungsbekanntmachung herausgehört haben möchte, daß dieser Zustand vorüber sei. Mit Genugtuung könne der Bundesausschuß Kenntnis nehmen von der Mitteilung des Reichswirtschaftsministers, daß die Reichsregierung bereits Beschritte gesetzt habe, die

den Anfang einer Verwirklichung des Arbeitsbeschaffungsprogramms darstellten. Auch vom Reichsarbeitsminister erwartet der Bundesausschuß, daß er den Worten Taten folgen lassen werde. Taten, die dem wirtschaftlichen und sozialen Wohle dienen mögen.

Die Aufschließung zur Erwerbslosenfrage wird in der Gesamtsitzung angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

„In der Erkenntnis, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland — als Folgeerscheinung einer von den Gewerkschaften bekämpften nationalen und internationalen Wirtschaftspolitik — eine schwere Gefahr für Volk und Volkswirtschaft nach auf lange Sicht hin bedeuten wird, haben die Gewerkschaften schon seit Jahren umfassende Gegenmaßnahmen gegen eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes und ausbreitende Schutzmaßnahmen für die von der Arbeitslosigkeit Betroffenen getroffen. Auch dieses Drängens ist bisher weder eine der heutigen Lage entsprechende Arbeitslosenversicherung geschaffen, noch sind wirklich einschneidende Maßnahmen getroffen worden, um die Arbeitslosigkeit in Deutschland für die große Masse der Erwerbslosen fürbar zu vermehren. Das mangelhafte System der einschneidenden Unterstützungsmaßnahmen wird bis zur Einführung eines Versicherungs-systems nicht entlastet werden können. Im Anbetracht der fortschreitenden Verelendung breiter Schichten muß jedoch eine Erhöhung der Unterstützungsmaßnahmen ebenso sehr aus sozialen wie aus wirtschaftlichen Gründen gefordert werden. Weiter ist zu fordern die Abschaffung der auch nach Aussage gültiger amtlicher Stellen nicht mehr haltbaren Bedürftigkeitsprüfung, ferner eine Unterstützung des Arbeitslosen für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit und eine Ausdehnung der Bürgerarbeiterfürsorge.“

Die Gewerkschaften begrüßen es, daß die Bedeutung der produktiven Fürsorge für die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit auch vom Reichstag in seinen jüngsten Beschlüssen anerkannt worden ist. Das von ihm aufgestellte Programm für die Durchführung weitestgehender Arbeiten entspricht den oft und mit Nachdruck betonten gewerkschaftlichen Forderungen. Unbedingt muß jetzt aber erachtet werden, daß der ernsthafteste Wille zur Verwirklichung dieser Pläne bald durch die Tat bezeugt wird. Hierzu wird eine großzügige Finanzierung, nötigenfalls durch Staatsanleihe, von Auslands-krediten, sowie eine einschneidende Vereinfachung der Verhältnisse und Kompetenzfreigabe in der Verwaltung erste Voraussetzung sein. Die Gewerkschaften werden ihrerseits nicht ablehnen, mit allen Mitteln auf die forcierte Finanzierung dieser wichtigsten Aufgaben der Gegenwart hinzuwirken.“

Damit war der erste und wichtigste Punkt der Tagesordnung der Bundesversammlung des ADGB erledigt.

In den gleichen Tagen, in denen der Bundesausschuß in Düsseldorf tagte, besann sich auch die Gewerkschaftsjugend des Rheinlandes und aus Westfalen-Rippe, um in feierlicher Kundgebung für den festen, unauflösbaren Zusammenhang der jungen, aufstrebenden Generation mit den älteren Vorkämpfern Zeugnis abzulegen. Der Bundesausschuß sagte einmütig den Beschluß, in einem Aufruf an die deutsche Arbeiterjugend, den wir an anderer Stelle dieser Nummer veröffentlichen, den Jugendtag zu begrüßen.

Danach sprach der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung, Dr. Schrupp, über die Förderung des Arbeiterchutzes. Von seinen Ausführungen sei das Folgende mitgeteilt. An jedem Werktag erlitten 1500 Personen Unfälle, von denen 230 eine Rente bekommen mußten. Von den tödlichen Unfällen entfielen 25 auf einen Tag. Insgesamt bezogen 792 000 Personen, die Betriebsunfälle erlitten haben, beziehungsweise ihre Hinterbliebenen Renten aus der Unfallversicherung. Die kapitalisierte Unfallrentenlast beträgt rund 3 Milliarden Mark. Der Staat ist sich der Aufgabe bewußt, die Arbeiter gegen die in den verschiedensten Formen auftretenden Gefahren für Gesundheit und Leben zu schützen. Was auf diesem Gebiete in den letzten Jahren geschehen ist, ist zwar nur Kleinarbeit, aber dennoch nicht ohne die gewichtigste Wirkung. Die vom Staate erlassenen Gesetze und Verordnungen wenden sich an den Unternehmer, indem sie ihm bestimmte Verpflichtungen auferlegen, die Betriebsbedingungen so zu gestalten, daß den Betriebsgefahren entgegengekömmt wird. Kommt der Unternehmer seinen Verpflichtungen nicht nach und tritt ein Unfall ein, der gar den Tod zur Folge hat, so ist der Unternehmer nach den Gesetzen strafbar. Eine Bestrafung nach den Arbeiterchutzesgesetzen selbst ist nicht möglich. Gesetzliche Einzelschuldschreibungen könnten nicht mit dem technischen Wandel Schritt halten. Das im Entwurf vorliegende Arbeitsschutzgesetz will den Gewerbeaufsichtsbeamten das Recht sichern, selbständig polizeiliche Verfügungen zu erlassen. Das neue Arbeitsschutzgesetz wird vorwiegend den Arbeitsschutz nicht nur verstärken, sondern er wird ausgedehnt werden auf Arbeiter und Angestellte aller Art; besondere Vorschriften werden nur erforderlich bleiben für die Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft und in der Schiffahrt. Der Minister bezieht darauf eingehend die Tätigkeit der Berufsgenossenschaften. Die bedeutliche Ercheinung, daß 78 vom Hundert aller Betriebsunfälle auf die Nichtbeachtung der Gefahren von beiden Seiten zurückzuführen sind, lasse erkennen, wie hoch der Wert einer verständigen Mitwirkung der Arbeiter bei der Verhütung der Unfälle ist. Die Möglichkeit zu solcher Mitwirkung ist durch das Betriebsrätegesetz besonders betont. Hier eröffnet sich für die Betriebsräte ein weites Gebiet fruchtbarer Tätigkeit, das jedoch bisher leider noch ungenügend bearbeitet wurde. In den nächsten Jahren erwartet der Vortragende einen starken Antriebs auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes. Die Gewerkschaften hätten die Aufgabe, dabei mitzuwirken. Der Arbeiter dürfe nicht nur Objekt dieser Überwachung sein; in den Mittelpunkt aller Erwägungen über die Gestaltung der Betriebswirtschaft sei der Mensch zu stellen. Die Arbeitsschutzverwaltung sei bestrebt, unter den Arbeitern Auffklärung über die Betriebsgefahren zu verbreiten. Sie bebühe sich dazu in neuerer Zeit in größerem Umfang des Unfallverhütungsbildes. — Der Bundesauschuss nahm darauf folgende Entschlieung an:

„Der Bundesauschuss nimmt mit großem Interesse davon Kenntnis, daß der dem Arbeiterzucht gewidmete Teil des Reichsarbeitsblattes und mit ihm die Sonderausgabe „Arbeiterzucht“ künftig in erhöhtem Maße dem Verständnis und Geschäftskreis breiter Arbeitnehmerkreise angepaßt werden soll. Da die Durchführung dieser Absicht wesentlich auf der größeren Verbreitung des Reichsarbeitsblattes und der Zeitschrift „Arbeiterzucht“ in Arbeitnehmerkreisen und auf deren Mitarbeit beruht, fordert der Bundesauschuss die ihn angehörenden Verbände auf, in ihren Reihen, insbesondere bei Betriebsräten, Gewerkschaftsfunktionären und Arbeiterkatecheten, für den Bezug des Reichsarbeitsblattes beziehungsweise der Sonderausgabe „Arbeiterzucht“ zu werben und durch Mitarbeit Gedanken und Anregungen der Arbeitnehmererschaft zu den drücklichsten Fragen des Arbeitsschutzes den Arbeiterzuchtorganen weiterhin näherzubringen.“

Im Anschluß daran sprach Direktor Hiler, Berlin, über: Aufgaben und Ziele der Arbeitsphysiologie. Der Vortragende ging auf die periodischen Schwankungen der Leistungsfähigkeit ein und zeigte, daß die Alterskurve der Leistung abnehmend von dem Grade der tätigen Ermüdung beeinflusst wird. Diese Beeinflussung mache sich bei einem Bezufe, der eine starke Durcharbeitung des gesamten Körpers erfordert, in viel geringerem Grade bemerkbar als bei der besonders in den hochorganisierten Betrieben immer mehr vorkommenden Arbeitsgestaltung, die sich nur auf ein geringes anatomisches Feld beschränkt. Um nun die Ermüdungsabstufung zu bestimmen, hat man sich bemüht, objektive Meßmethoden einzuführen. Es muß aber festgestellt werden, daß alle diese Methoden Mängel vertragen haben, und es ist grundsätzlich auf solche Ermüdungsmeßungen irgendwelche Schlüsse über die längere Arbeitszeit usw. aufzubauen. Aber in anderer Richtung kann der Arbeitsprozeß dem Menschen angepaßt und den gefährlichen Folgen der Ueberbeanspruchung vorgebeugt werden. Es kommt darauf an, den Ermüdungswert der in den einzelnen Berufsarten vorfindlichen Arbeitsbewegungen zu erfassen und solche Ermüdungsarten auszuscheiden, die einen besonders hohen Ermüdungswert besitzen. Mit besonderen Methoden kann man die Bewegungsänderungen erkennen und so durch vergleichende Meßungen den höheren oder niederen Ermüdungswert verschiedener Bewegungsformen feststellen. Besteht eine Arbeitsform einen besonders hohen Ermüdungswert, so wird es sich meist rentieren, diese Form der Arbeitsgestaltung durch eine andere zu ersetzen. Von großer Bedeutung für den Ermüdungswert ist die Durchsetzung einer Arbeit mit statischen Elementen. Unter statische Arbeit versteht man eine Arbeitsleistung, wie wir sie beispielsweise mit Haltung eines Gewichtes mit nach vorn gestreckten Armen leisten. Der Muskel, der statisch arbeitet, wird leicht mit Müd versorgt, hat keine Erholungsperiode und arbeitet somit unter ungunstigen atomischen Bedingungen. Jede Arbeit ist mit statischen Anteilen durchsetzt; denn die einzelnen Gliedmaßen müssen durch statische Muskelarbeit gegeneinander verhalten werden. Wie leicht aber bei einer Arbeitsform die statischen Anteile überwiegen, um so größer ist die Ermüdung. Durch die Ermüdungsfaktoren der Physiologie sind wir heute imstande, den Ermüdungsgrad eines Menschen mit absoluter Genauigkeit zu bestimmen. Wir können feststellen, wieviel organisches Brennmaterial in

unserm Körper verbraucht wird, um eine bestimmte Arbeitsleistung zu vollziehen. Wir brauchen nur die Menge ausgemessener Kohlenäure und eingeatmeten Sauerstoffes während eines Arbeitsvorganges zu untersuchen, um den Energieaufwand hierfür zu ermitteln. Es ist nun der Weg gebahnt, um die Arbeit des Menschen nach physiologischen Gesichtspunkten zu rationalisieren. Man geht dabei im Gegensatz zu Taylor, der einseitig auf Maximalleistungen Wert legt, auf ein Optimum aus, das heißt auf hohe Leistungen unter möglichst geringem Energieverbrauch. Zum Schluß wies der Vortragende darauf hin, daß die wissenschaftliche Erforschung des schaffenden Menschen die einzig sichere Basis für eine rationelle Gestaltung des Arbeitsprozesses bildet. Alle die andern Versuche, die in dieser Richtung unternommen worden sind, tranken an der Tatsache, daß der Einfuß des Ermüdungsgeföhls, der von außerordentlich vielen In- und Umwelteinflüssen abhängt, nicht ausgeschaltet werden kann. — Leipzig erinnerte an den Beschluß des Bundesauschusses, in das Kuratorium des Instituts für Arbeitsphysiologie einzutreten und auch einen finanziellen Beitrag zu leisten; er teilte ferner mit, daß der Bundesvorstand an der Ausschaltung des Instituts tatkraftigen Anteil nimmt.

Der Direktor der Wirtschaftsschule in Düsseldorf, Dr. Seelbach, gab dann einen interessanten Ueberblick über die Tätigkeit und die Einrichtungen der ihm unterstellten Schule. Dann erstattete Leipzig den Bericht des Bundesvorstandes. Zunächst ging er in längeren Ausführungen, die von dem Vertreter des Reichsbundes, Döring, und dem Vertreter des Deutschen Bergarbeiterverbandes, Martindall, erweiternd ergänzt wurden, auf die vom ADGB, den englischen Gewerkschaften genährte moralische, organisatorische und finanzielle Unterstützung ein und wies die völlige Haltlosigkeit der Angriffe der kommunistischen Presse gegen die deutschen Verbände nach. Von den ungenügenden, in der kommunistischen Presse angelegten Entschlieungen sind dem Bundesvorstand im ganzen 2 Telegramme und ein Brief zugegangen, in denen Maßnahmen gefordert wurden, die die Gewerkschaften längst von sich aus durchgeführt hätten. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kam Leipzig noch auf die Bildung eines zentralen Bundes innerhalb des Fabrikarbeiterverbandes zu sprechen. Der Bundesvorstand hat gemäß den Beschlüssen Kongreßbeschlüssen an den Verhandlungen mitgewirkt.

Nach einigen weiteren geschäftlichen Mitteilungen wurde die Tagung geschlossen.

**Gesetzliche Arbeitspflicht für Erwerbslose?**

Die gegenwärtige Wirtschaftsverfassung vermag der Menschheit nicht jene Sicherheit der Existenz zu verschaffen, wie dies nach dem Stande der Technik und der Höhe der Kultur notwendig wäre. Ueberreich ist die Erde, sie vermag noch viel mehr Menschen zu ernähren, wenn nur die Produktionskraft und Abnahmefähigkeit in Uebereinstimmung gebracht werden könnten. Wir sind stolz auf unsere Organisationsleistungen und bemögen die Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft doch nicht zu bannen. Obwohl die Lager teilweise zum Vollen gefüllt sind und fast von allen Produkten Ueberflus vorhanden ist, hungern die Menschen, sind sie beschäftigungslos, selbst es ihnen an allem, was zum menschlichen Leben gehört. Arbeitslosigkeit, arbeitswillige Menschen werden zu einer Last, obwohl sie der höchsten Reichtum einer Nation sein müßten.

Angenehm ist es interessant, die Vorschläge zu verfolgen, die von verschiedenen Seiten zur Hebung der Arbeitslosigkeit, zur reibungslosen Inangehaltung der kapitalistischen Wirtschaft gemacht werden. Die Vorschläge der Regierung sind bekannt, über sie soll heute nicht gesprochen werden. Aber daneben tauchen immer häufiger Vorschläge auf, die auf die Arbeitspflicht der Erwerbslosen hinauslaufen. Wie immer bei solchen reaktionären Maßnahmen, geht die Großindustrie mit solchen Forderungen voran. So macht sich die „Deutsche Bergwerkszeitung“ zum Sprachrohr zur Einführung der Arbeitspflicht. Die Großindustrie hat die Rationalisierung der Produktion rüchsigstes durchgeführt, ohne im geringsten daran zu denken, wo die entlassenen und uubeschäftigten Menschen nun eigentlich bleiben. Die „Bergwerkszeitung“ ist darüber entsetzt und schreibt (Nr. 145): „Die Industrie verdient wärmste Anerkennung dafür, daß sie das Notwendigste tut, ohne Furcht und ohne falsche Ehen und Sentimentalität. Es kann nur besser werden; dem, was kann man nicht aus der Natur der Dinge selbst liegt, kann man nicht aus dem Wege gehen. Danach gilt es zu handeln. Die Industrie führt also die Rationalisierung durch, ohne nach rechts oder nach links zu sehen. Man muß sich darüber klar sein, daß dieser Prozeß noch lange nicht am Ende ist, daß er weiter geht und daß deshalb zunächst mit der Arbeitslosigkeit als mit einem Dauerzustand gerechnet werden muß.“ Nun, nachdem die Rationalisierung zum Teil durchgeführt ist, muß man der Regierung zu: Sammel Heiß! Der eben erwähnte Artikel ist überföhren mit: „Arbeit für die Erwerbslosen! Ein Mahnruf an die Regierung.“ Die Industrie setzt die Arbeitskräfte frei und überläßt es andern, für sie zu sorgen. Natürlich nicht ohne entsprechende Vorschläge zu machen, die allerdings auch danach aussehen:

Ein solcher „Mahnruf“ löst natürlicherweise entsprechende „Zuschriften“ aus, von denen zwei in Nr. 150 der „D. B. Z.“ veröffentlicht werden. Die eine verlangt die Zusammenfassung der unterbeschäftigten Arbeitslosen in Arbeitslosenheeren. „Bei einer weiter so großen Zahl von Erwerbslosen müßte dies für bestimmte Altersgrenzen gesetzlich in eine Arbeitspflicht verwandelt werden, um alle Schädigungen der Arbeitslosigkeit von der heranwachsenden männlichen Jugend fernzuhalten.“ Und in einer „Zuschrift“ „von Zentrumseite“ kommen folgende Sätze vor: „Daß der Krieg mit seiner bösen Folgezeit vielfach notorische Faulenzen erregt hat, ist kein Geheimnis mehr. Darum her mit der Arbeitspflicht. Men, die guten Willens sind, soll gehoben werden.“ — Die gesetzliche Arbeitspflicht für die Erwerbslosen erscheint diesen Leuten als der einzige

Ausweg. Dabei denkt man nicht an die notorischen Faulenzen anderer Bevölkerungsschichten, die jahraus jahrein nichts tun, sondern an die arbeitswilligen Menschen, die durch die Desorganisation unserer Wirtschaft außer Funktion gesetzt wurden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß solche Ideen immer mehr Anhänger finden, weshalb es notwendig ist, sich dem energig entgegenzustellen. Die Gewerkschaften unterliegen alle Maßnahmen aber sonstige eingeleiteten Arbeitsschritte nicht in Erwägung gezogen werden. Dies muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden. Die kapitalistische Produktion, die jenes große Heer beschlossener Menschen schuf und es zu ihrer Entfaltung befreit, hat die Pflicht, für Beschäftigungsmöglichkeiten zu sorgen. Vermag sie nicht allen Menschen Arbeit zu verschaffen, dann müßte sie gefälligst abtreten und abern die Leitung des Wirtschaftapparates überlassen.

Wie der Artikelschreiber der „Bergwerkszeitung“ vielleicht richtig annimmt, muß mit einer großen Arbeitslosigkeit noch auf lange Zeit gerechnet werden. Da sind durchgreifende Maßnahmen durchaus am Platze. Diese müssen aber ohne jede Beschränkung der Arbeitererschaft in Angriff genommen werden. Eine Art gesetzliche Arbeitspflicht wäre der Anfang zum Ende.

**Die Zollserhöbungen.**

Der Reichstag ist in die Ferien gegangen. Das Fürstenabstimmungsgesetz vermochte er nicht zu beenden. Die endgültige Regelung dieser Frage ist auf den Herbst bezuggeben worden. Dann wird der Schwager weitergehen. Wenn der Reichstag auch in der Fürstentage nichts zustande brachte und diesen Drohnen vollständig ihre fetten Pfunden beließ, so glaube er aber doch vor den Ferien wenigstens etwas zu tun, was die Erinnerung an seine Exzellenz wach hält. Und so beteuerte er dem Volke die wichtigsten Lebensmittel.

Die Regierung Sulzer hielt im Sommer 1925 ein Zollgesetz durchgedacht, dessen autonome Sätze sehr hoch waren. Es sollten Verhandlungsfälle sein, mit der Aussicht, bei den Handelsverträgen durch Einfluß anderer Korleile eine Herabsetzung vorzunehmen. Bis zum 1. August 1926 gelten ermäßigte Zollsätze in der Hauptfache für wichtige Lebensmittel. Durch den Abschluß des Handelsvertrages mit Schweden bestand die Gefahr, daß die dort festgelegten Sätze bereits am 1. August in voller Höhe in Kraft traten. Die Gewerkschaften hatten daraufhin verlangt, daß die bisherigen ermäßigten Zollsätze mindestens noch vier Monate in Kraft bleiben sollten. Der Reichstag hat sich dem Wunsch der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen nicht angeschlossen, sondern hat andere Heberangssölle bis zum 31. Dezember dieses Jahres in Geltung gelassen. Um die wichtigsten Produkte zu nennen, erheben sich die Zollsätze folgendermaßen:

	Währiger Satz	Vom 1. August	Nach dem Vertrag mit Schweden
Woggen.....	3,-	5,-	6,-
Weizen.....	3,50	5,-	6,50
Futtergerste.....	1,-	2,-	5,-
Maiz.....	2,20	3,20	5,-
Schweinefleisch.....	21,-	21,-	32,-
Schweinepelle.....	14,-	14,-	20,-
Schmalz.....	6,-	6,-	10,-

Vom 1. Januar 1927 an werden den Ländern gegenüber, die mit Deutschland in einem Meißbegünstigungsverhältnis stehen, die im deutsch-schwedischen Verträge festgelegten Sätze gelten. Gegenüber den Ländern, mit denen Deutschland nicht in einem Meißbegünstigungsverhältnis steht, werden die Sätze des autonomen Zolltarifs gelten, die bekanntlich noch über die des Schwedenvertrages hinausgehen. Es heißt also zu erwarten, daß vom 1. August an eine weitere Erhöhung der wichtigsten Lebensmittel stattfindet. Besonders steht wegen der Verdoppelung der Futtermittel und der anderen Futtermittel zu erwarten, daß das Fleisch noch mehr verteuert wird. Was die Zollserhöhung für die Futtermittel nicht nur für die konsumierende Bevölkerung bedeutet, geht klar aus einer Eingabe der Handelskammer Hamburg hervor, worin es unter anderem heißt: „Bei Wegfall eines ermäßigten Zollsatzes für Futtermittel würde die Verkorzung der Landwirtschaft mit den notwendigen Futtermitteln in Frage gestellt werden. Der ganze Nordwesten Deutschlands ist ein großes Interesse daran, seine blühende Viehwirtschaft durch teure Eingangsstoffe auf Gerste untergraben zu sehen. Der Viehbestand muß unbedingt wieder auf die Vorkriegeshöhe gebracht werden. Während Deutschland in der Vorkriegszeit einen Schweinebestand von 25 Millionen hatte, ergab die letzte Zählung nur 10 Millionen. Auch der allgemeinen Wirtschaft dürfte weit mehr geholfen sein, wenn die Viehwirtschaft durch Einfuhr billiger ausländischer Futtermittel unterstützt wird, als wenn einzelnen großgrundigen Farmen das beschleunigte Offens Gelegenheit geboten wird, ihre Ueberproduktion an Korn und Kartoffeln unter Verteuerung der Fleischpreise zur Welt zu verenden und dadurch das jetzt blühende Gewerbe des Nordwestens an sich zu ziehen. Die Handelskammer Hamburg hat nicht den mindesten Zweifel, daß der Mangel an Futtermitteln, der unabweislich bei einem erhöhten Zollsatz eintreten wird, unmittelbar zu einer ganz wesentlichen Steigerung der Kartoffelpreise und damit zur Verteuerung eines Hauptnahrungsmittels führt, die insbesondere die unbesmittelten Bevölkerungsschichten besonders stark belasten wird. Die Steigerung der Kartoffelpreise wird aber wiederum eine erhebliche Erhöhung der Fleischpreise nach sich ziehen und damit den Anstoß zu einer neuen allgemeinen Preissteigerung geben.“

Verteuerung des Weines, der Kartoffeln und des Fleisches steht vom 1. August an in Aussicht. Eine wunderbare Zukunft für das arbeitende Volk, das zu 40 % von Arbeitslosenunterstützungen lebt oder sich mit dem niedrigen Lohn eines kurzarbeiters aufreiben geben muß. Bemerkenswert ist hierbei noch, daß die christlichen Gewerkschaften, die sich für den Arbeiter, soweit sie Reichstagsabgeordnete sind, den höheren Zollsätzen vom 1. August an aufsummieren, obwohl sie vorher mit den freien Gewerkschaften gemeinsam für die weitere Beibehaltung der ermäßigten Zollsätze eingetreten waren. Keine Arbeitervertreter!

Der Reichstag aber ging in die Ferien. Die Vorschläge der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei beachtete er nicht, sondern erhöhte die Lebensmittelzölle und verschlechterte somit die Lebenslage der breiten Massen. Das Volk der Arbeit hat sich leider mit dieser Tatsache abgefunden. Es sei denn, es gelänge ein energischer Versuch, die Gewerkschaften durch Vorkämpfer oder andere Mittel einen Ausweg zu schaffen. Ob die Gewerkschaften dazu in der Lage sind, das zu prüfen, überlassen wir jedem Gewerkschafter, indem er in seinem Betriebe Umschau hält.

Ministerielle Anordnung über den Bauarbeiter-schutz in Bayern.

In Nr. 140 des „Bayerischen Staatsanzeigers“ vom 22. Juni 1926 veröffentlicht das Staatsministerium des Innern nachstehende Anordnung: E. d. Staatsmin. d. Inn. v. 21. Juni 26. Nr. 3678c 31 über Bauarbeiter-schutz.

An die Regierungen, R. d. Z., und die Bezirks-polizeibehörden.

Die Zahl der Unfälle im Baugewerbe hat sich in den letzten Jahren erheblich gemehrt. Im Einverständnis mit dem Staatsministerium für soziale Fürsorge ergeht deshalb nachstehende Anordnung: Die §§ 94 der Wandner- und §§ 75 der allgemeinen Bauordnung sowie für die Heberwahrung der plan- und vorchriftsmäßigen Bauführung bei den Baupolizeibehörden erster Instanz befähigte Sachverständige anzustellen sind, die die Sicherheit der Bauführung zu überwachen und die schleunige Abstellung nachgenommener Zuwiderhandlungen gegen baupolizeiliche Vorschriften oder Anordnungen, wie die Beistellung der das Leben, die Gesundheit oder die Stillsitzigkeit gefährdenden Zustände auf kürzestem Wege herbeizuführen haben. Als Gehilfen der Sachverständigen sind nach Bedarf Bauaufsichtler aus dem Arbeiterstande anzustellen. Auch haben die Orts- und Bezirks-polizeibehörden den Vollzug der baupolizeilichen Vorschriften und Anordnungen, wie die Maßregeln zum Schutze des Lebens, der Gesundheit und der Stillsitzigkeit zu überwachen.

Da es dringend geboten ist, die Zahl der Bauunfälle durch strengen Vollzug der bestehenden Vorschriften zu mindern, ergeht erneut die Weisung, mit größtem Nachdruck alle Vorkehrungen zu treffen, daß der Vollzug dieser Bestimmungen unter allen Umständen sichergestellt wird. Die örtlichen Bauaufsichtskommissionen in Bayern haben nützlich zu prüfen, ob die amtlichen Kontrollorgane ausreichen, um eine Heberwahrung der Bauaufsichtsbefestimmungen durchzuführen zu können. Wo dies nicht der Fall ist, müssen die Bauaufsichtskommissionen unter Hinweis auf obige Anordnung bei den Behörden beantragen, daß Bauaufsichtler aus dem Arbeiterstande angestellt werden. Diese Anträge sind in den Städten an den Stadtrat, in den Bezirksämtern an den Bezirksausschuß zu richten.

Aus der bayerischen Unfallstatistik.

Die Bayerische Bauarbeiterberufsgenossenschaft hat ihren Jahresbericht über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften für das Jahr 1925 veröffentlicht. Nach diesem Bericht wurden im Vorjahre 7821 Unfälle zur Anzeige gebracht, 1924 wurden nur 5093 Unfälle gemeldet, so daß 1925 die Unfälle um 2768 oder 55,95 % gestiegen sind. Die Zahl der entscheidungspflichtigen Arbeitsunfälle ist in den vergangenen 2 Jahren von 61 auf 68 gestiegen. Auf 1000 beschäftigte Bauarbeiter kommen 84 gemeldete Unfälle, 8,7 entscheidungspflichtige Unfälle und 0,65 tödliche Unfälle. Bei der Dreieinigkeit der Bauarbeiterberufsgenossenschaft, das heißt, bei den Bauten, die der Bauherr in eigener Regie ausführt, wurden je 1000 Bauarbeiter 41,8 Unfälle gemeldet, davon 10,4 entscheidungspflichtige und 1,7 tödliche Unfälle. Die gemeldeten Unfälle verteilen sich auf die einzelnen im Bau-gewerbe tätigen Berufe wie folgt:

Table with 2 columns: Beruf and Anzahl. Includes categories like Architektenbureau mit Bauüberwachung, Tapezierer, Denscher, Plattenleger, Maler, etc.

Unter den Berufsgliedern befinden sich auch 48 weibliche Arbeiter, wovon wiederum 20 auf die Reinigungsberufe und 28 Berufsglieder bei der Betriebsart der Maurer und Betonarbeiter aufgezählt werden, was einigermaßen unverständlich ist, weil in den deutschen Ländern auf den Baustellen die Beschäftigung der Frauen mit dem Befördern von Baustoffen verboten ist und sie höchstens mit Reinigungsarbeiten beschäftigt werden dürfen. Von den Unfällen verlieren 61 tödlich. Die ersatzlose hohe Unfallziffer im Gebiete aus dieser Bauarbeiterberufsgenossenschaft sollte für die verantwortlichen Staatsorgane der Unfall für weitestgehendem gesetzlichen Schutze des Lebens und der Gesundheit der Bauarbeiter sein. Darüber hinaus muß auch für die restlose Durchführung der Bestimmungen gesorgt werden. Die Bauarbeiterorganisationen sind bereit, intensiv mitzuarbeiten. Unsere Kollegen mögen die oben mitgeteilten Schiedensregeln eine Rohnung sein.

Zulistatistik 1926.

Aus-schneiden, aufkleben, in der Bude aufhängen! In der Woche vom 26. bis zum 31. Juli wird die bekannte Zählung vorgenommen. Alle Bauten und alle sonstigen Arbeitsplätze müssen in diese Zählung einbezogen werden, wo Kollegen beschäftigt sind, für die unser Baugewerksbund die zuständige Organisation ist; ganz gleich, ob die Kollegen Mitglieder unseres Baugewerksbunds sind, ob sie unorganisiert sind oder ob sie einer anderen Organisation angehören. Alle Vorbereitungen sind getroffen. Die Vorstände der Bau-gewerkschaften sind durch die Bezirksvorstände über die Durch-führung unterrichtet. Jetzt müssen unsere Mitglieder für ein gutes Gelingen sorgen. Soweit dies irgendwie nötig ist, müssen sie sich ihrem Bau-gewerkschaftsvorstand, ihrem Fachgruppenobmann zur Mithilfe zur Verfügung stellen. Den mit der Zählung betrauten Kollegen müssen die übrigen Mitglieder die Aufgabe soviel wie nur irgend möglich erleichtern. Selber müssen sie bereitwillig die geforderte Auskunft geben, und andere, vielleicht anders- oder nicht-organisierte Kollegen, die die Auskunft nur ungern geben sollten, aufklären über die Notwendigkeit dieser Erhebungen für die fernere Organisationsarbeit. Gleich zu Anfang der Woche müssen unsere Mitglieder sich vergewissern, ob auf ihrer Arbeitsstelle Kollegen mit der Zählung betraut sind. Ist das nicht der Fall, so müssen sie sofort Kollegen wählen, die vom Vorstand der Bau-gewerkschaft Zählbogen abfordern und die Zählung vornehmen. Auf benachbarten Arbeitsplätzen, wo nur anders- oder nichtorganisierte Kollegen beschäftigt sind, müssen unsere Mitglieder ihren Bau-gewerkschaftsvorstand oder ihren Fachgruppenobmann ebenfalls nach Kräften beistehen, die Zählung durchzuführen. Kein Bau, sei er groß oder klein, keine Fabrik, keine Werkstatt unserer Sonderfachgruppen darf übergangen werden, und wenn an einer Arbeitsstelle nur ein einziger Mann beschäftigt ist. Was in den Organisationsbereiche unseres Bau-gewerksbunds arbeitet, muß in der Woche vom 26. bis zum 31. Juli gezählt werden. Auf, an Werk!

Gewerkschaftsjugendtag für Rheinland, Westfalen und Lippe.

Aus allen Städten des Rheinlandes, aus Westfalen und Lippe, von Saarbrücken und Trier sowie aus den Meeresstädten Städtgen und Minden, kamen am 10. Juli die gewerkschaftlichen Jugendgruppen, Jungen und Mädels, in hellen Scharen nach Düsseldorf, um den Gewerkschaftsjugendtag festlich zu begehen, den der Bezirksausschuß des RWB, anlässlich der Tagung des Bundesausschusses zum ersten Male einberufen hatte. Seit dem ganzen Krieg regnete es in Strömen, aber gegen Abend, als sich die Jugend zum Fackelzug rückte, rückte sich der Himmel auf. Im Ufer des Rheins, oberhalb der Brücke, sammelte sich die Jugend und zog mit Einbruch der Dunkelheit in gewaltigem Zuge in das Innere der Stadt hinein; ein imposanter Zug von 7000 jungen Leuten! Zahlreiche Kapellen waren über den ganzen Zug verteilt; darunter eine, die das Reichsanthem gesteuert hatte. An der Spitze marschierte ein Pfeifer- und Trommlerchor, das aus zwölf bis vierzehnjährigen Jungen der weltlichen Schule in Düsseldorf-Dorbeck bestand, die während des fast zweifundigjährigen Wartens durch die Stadt unermüdet mit ihren größeren Kameraden weiterzogen. Auf den Bienen vom Oberhafen schiderten Peter Graßmann und Alexander Hall in Anspanden den nächsten Weg, den die alten Kämpfer der Gewerkschaften zu gehen hatten. Am 11. Juli, Sonntag morgen, wurde die feierliche Kundgebung auf dem Gelände der Gesele im Kuppelhof des Planetariums eröffnet. Auf der Tribüne hatten die Bannerträger sich versammelt. Die roten Fahnen und bunten Wimpel hoben sich leuchtend ab von dem dunklen Hintergrund. Heinrich Meier rief die Jugend willkommen und, nachdem die Arbeiterjugendvereine den „Sturm“ von Altmann und „Wenn wir schreien Seil“ an Seil“ gesungen hatten, ergriff Leipzig das Wort zu einer Ansprache. Er verlas den Aufruf des Bundesausschusses an die Arbeiterjugend und sprach von unfern Idealen, die er kämpft werden müssen. Nach ihm richtete Robert Ditzmann einen feurigen Appell an die Jugend und wies nach, was die Gewerkschaften hinsichtlich der Dauer der Arbeitszeit, der Freizügigkeit, der Freizügigkeit, in der Ferienzeit und hinsichtlich der Regelung des Lohnverhältnisses erreicht haben. Martin Müller vom Deutschen Bauarbeiterband wies auf die ungeheuren Schädigungen hin, die der Krieg, die Inflation und die in den letzten Monaten die furchtbare Arbeitslosigkeit gerade unter den heranwachsenden Geschlechtern angerichtet haben. In zündenden Worten schilderte der Vorsitzende des Textilarbeiterverbandes, Fackel, von welcher tiefen Bedeutung für das ganze spätere Leben die Einbrüche der Jugend seien. Ido, vom Zentralverband der Angestellten, wandte sich mit eindringlichen Argumenten gegen die Schwarzfahrer, die an die stiftliche Verabfolgung der Jugend glauben. Tarnows Rede klang aus in das von der veranmalteten Jugend nachgepflegte Gelächern: „Wir wollen, daß die arbeitende Klasse frei werde von wirtschaftlicher Ausbeutung, daß sie gleich werde allen anderen Mitgliedern der Gesellschaft. Wir geloben brüderliche Kameradschaft allen, die mit uns verbunden sind, für die gleichen Aufgaben und das gleiche Ziel, unumkehrbar und unverrückbare Kreuze der gewerkschaftlichen Organisation, die uns füttern soll und der wir dienen wollen!“ Tarow schloß seine Rede mit dem Satz: „Wir wollen mit dem Volke, was wir leisten, ist Aufstand im Vaterland, in dem wir wohnen; ist Arbeit an dem sozialistischen Volksstaat!“

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Bau-gewerksbund. Feststellungsergebnis vom 28. Juni 1926.

Table showing unemployment statistics for various regions like Rggb., Danzig, Stettin, etc., with columns for total unemployed, organized, and unorganized.

Gegenüber der Vorwoche ist die Arbeitslosigkeit um ein Geringes zurückgegangen. Die Zahl der Arbeitslosen senkte sich von 22 auf 21,4 %. An der geringen Abnahme sind beteiligt die Fachgruppe der Maurer mit 353, die Hilfsarbeiter mit 108, die Betonarbeiter mit 69, die Zöpfer mit 42 und die Pfeifenleger mit 27 Kollegen. Bei einigen Fachgruppen hat sich die Zahl der Arbeitslosen noch erhöht. So bei den Rau-Werkleistern um 1, bei den Glazern um 14, bei den Erdbauern um 21, bei den Kuppelbauern um 90 und bei den Stuckateuren um 101. Die niedrigste Arbeitslosenziffer hat der Bezirk Bremen mit 10,3 %, ihm folgen Ostost mit 11,3 %, Hamburg 12,3 %, Stettin 14 %, Magdeburg 14,6 %, Dresden 15,3 %, München 18,1 %, Stuttgart 19,9 %, Hannover 21,6 %, Berlin 22,5 %, Frankfurt 22,8 %, Breslau 24 %, Karlsruhe 26,3 %, Saazig 26,5 %, Nürnberg 28,7 %, Königsberg 29,7 %, Erfurt 30,3 %, Dortmund 35,1 % und Köln mit 39 %. Die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen im Bezirk Bremen um 0,3, in Ostost um 4,9, Hamburg um 0,8, Stettin 3,8, Dresden 0,5, Hannover 0,4, Berlin 0,2, Karlsruhe 1,8, Danzig 3,6, Nürnberg 2,9, Königsberg 1,7, Dortmund 2,2 und Köln um 2,7 %. Die Arbeitslosigkeit hat zugenommen in den Bezirken Magdeburg um 2,6, in München um 2,3, Stuttgart 1,4, Frankfurt 0,8 und im Bezirk Erfurt um 2,1 %. Im Bezirk Breslau trat keine Veränderung ein.

Streiks und Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter: Geperert sind Wiede, in Werra die Bauten des Bergbau-lischen Vereins, Wiltow i. Pommer., in Crien b. Anlauf der Unternehmer Lorenz, Daber, in Orlanien die Firma Höflinger, Sameln, Hannover (Fehling), Köpfe, Langelsheim b. Goslar, Meile, Mendorf, in Neu-Anspach bei Driesen die Firma C. Haber und Polzin. Zöpfer: Geperert sind für Denscher Münster, Stuttgart und Ziegenhof (Otto Krause). Nach Oswig i. Anh. ist für Scheidtpfer der Zugang ferngehalten. Pfeifenleger: Ausgeperert sind die Kollegen in Koblenz, Geperert ist Stuttgart. Pfasterer: Geperert sind in Biedrich a. Rh. die Firma Johann Fischer und in Wiesbaden die Firmen Johann Görg und August Höhn. Gipper: Geperert ist Heidenheim.

Hannover. Am 27. Mai mußten unsere bei dem Unternehmer Fehling beschäftigten Kollegen die Arbeit einstellen, weil der Unternehmer den Tariflohn, der 96 % beträgt, eigenmächtig auf 80 % herabsetzte. Alle Verhandlungen scheiterten auf der Hartnäckigkeit des Unternehmers. Zwar mußte er für die letzte Woche den abgezogenen Lohnbetrag nachzahlen, aber für die Folgezeit wollte er nicht mehr als 80 % zahlen. Darauf wurde das Geiselt Fehlings geperert. Wir haben bisher von dieser Sperre nicht berichtet, weil wir glaubten, daß sich der Streik in Kürze erledigen würde. Wir haben uns jedoch getäuscht. Fehling hat aus der Umgebung leider drei Herausreißer gefunden und mit diesen und einer Anzahl Lehrlinge verjüngt, die dringendsten Arbeiten fertigzustellen. Inzwischen hat sich der Zustand dadurch verschärft, daß die Unternehmer aus der Umgebung von Mendorf beschossen haben, vorläufig ebenfalls nicht mehr als 80 % Stundenlohn zu zahlen. Es soll, wie uns mitgeteilt wurde, später ein weiterer Anlauf auf 85 % vorgenommen werden. Nachdem die Sperre über Fehling schon über 6 Wochen besteht, haben nun auch die Unternehmer Fehling und Krencke in Mendorf ebenfalls den Lohn für Maurer auf 80 % herabgesetzt. Deshalb ist auch bei diesen beiden Unternehmen die Arbeit eingestellt worden. Bei Fehling ist das restlos geschehen, während bei Krencke einige Inorganisierte in Arbeit geblieben sind. Die Arbeitsstelle ist nicht in Mendorf, sondern in Rodenberg. Die Zahl der Streikenden hat sich nun auf 22 erhöht. Ebenfalls ist damit zu rechnen, daß der Kampf noch sehr lange dauert, da die Unternehmer mit aller Gewalt ihre Ziel erreichen wollen. Unsere Kollegen stehen aber fest. Die Unternehmer finden nun in allen Zeitungen Maurer für Mendorf. Wir fordern die Kollegen aus, unter keinen Umständen dort Arbeit anzunehmen.

Aus den Bau-gewerkschaften

Gera. (Erlaubungnahme zum Wohnbau.) Die Unternehmer wollen die Arbeitslosigkeit zum Wohnbau gründlich ausnützen. Am 16. Juni fand für den Osterländischen Bezirk eine Lohnverhandlung statt.

In der sie einen Lohnabbau von 2 bis 5 % für Facharbeiter und von 25 % für Hilfsarbeiter durchzusetzen versuchten. Weil eine Einigung aber nicht möglich war, wurde von den Unternehmern das Zentralratsgericht angerufen, das auch am 30. Juni in Berlin saß. Der Vertreter des Arbeitgeberverbandes für den Ostpreussischen Bezirk, Dr. W. d. Vera, begründete nochmals den geforderten Abbau des Lohnes, besonders den der Hilfsarbeiter damit, daß sie den Industrieerwerbslohen gegenüber viel zu hoch seien. Und da außerdem die Industrie der Hauptauftraggeber sei, dränge sie besonders stark auf Abbau der Löhne, um ihr das Bauen zu ermöglichen. Demgegenüber stellen wir fest, daß der Lohnabbau die Bautätigkeit nicht ein Foto beleben wird. Im ganzen Bezirk wird nicht ein Ziegelstein mehr vermauert werden. Im Gegenteil, dort, wo die Stundenlöhne am höchsten stehen, ist die beste Bautätigkeit. Unsere Vertreter widerlegten die von den Unternehmern angeführten Gründe mit genügendem Zahlenmaterial, und man konnte sich leicht davon überzeugen, daß bei den heutigen Feuerungsbedingungen einem Lohnabbau überhaupt nicht stattgegeben werden dürfte. Aber weit gefehlt, das Zentralratsgericht trat dem Unternehmerantrag Rechnung und fällte seinen — im „Grundstein“ Nr. 29 mitgeteilten — Schiedsspruch. Eine am 6. Juli abgehaltene Versammlung unserer Baugewerkschaft besetzte sich mit diesem Schiedsspruch. Dem Bericht folgte eine sachliche, aber heftige Kritik; denn nach dem Schiedsspruch wird der Stundenlohn für Bauhilfsarbeiter um 8 % abgebaut, so daß er nur noch 78 % beträgt, und dies in einer Zeit, wo die Lebensmittelpreise steigen. Der Schiedsspruch ist ein Fehlspruch, der bei besserer Wirtschaftskonjunktur wieder revidiert werden muß. Die Bauarbeiter allerorts müssen aus den Unternehmerbestrebungen lernen. Abbau aller sozialen und wirtschaftlichen Erwerbungsarten der Arbeiter ist ihre Parole. Aber ihre Profile dürfen nicht geschmälert werden. Dies abzuwehren, und eine bessere Lebenslage zu schaffen, kann nur eine starke Organisation. Darum, hinein in den Deutschen Baugewerksbund, alle müssen mitarbeiten an unserem Volkswerk. Wenn das geschieht, dann werden sich die Lohnführer bald die Köpfe einrennen. Den kommunikativen Durchsiegern der O.V.B. sei nur gesagt, daß sie mit ihrer Berichtserstattung nicht den Arbeitern, sondern nur den Unternehmern Helfersdienste leisten. Ueber die geistreiche Einstellung des Kollegen G. werden unsere Bundeskollegen selbst urteilen.

Galle. Am 7. Juli hielt die Baugewerkschaft im Volkspark eine Mitgliederversammlung ab. Kollege Hübner gab die Abrechnung bekannt, worauf ihm Entlastung erteilt wurde. Dann berichtete H. Gargelzki über die Bauarbeiterkonferenz in Halle. Redner zeigte, wie notwendig es ist, dem Bauarbeiterstand ein wachstames Auge zu schenken. Angeregt wird eine einheitliche Regelung der Bauarbeiterbestimmungen über das ganze Reich; dann sei auch die Bekämpfung der Berufsgefahren leichter durchzuführen. Ein besonderes Arbeitsfeld liege den Gewerkschaften und den Baudelegierten gegeben. Man müsse darüber hinaus wegen der sich mehrenden Bauunfälle die Anstellung von Baukontrollanten aus Arbeiterkreisen fordern. Wenn, Unfallversicherung sei besser und billiger als Unfallversicherung, 1924 haben sich 50 000 Unfälle ereignet, 1926 sogar 60 000. Das ergibt — wenn die durchschnittliche Bauzeit mit 80 Wochen zugrundegelegt wird — wöchentlich 2000 Unfälle. In der letzten Aussprache wurden diese Ausführungen unterstützt, worauf beschlossen wurde, die SPD. und SPD-Stadterordnenfraktion aufzufordern, sich dafür einzusetzen, daß wegen der großen Verlegenheit gegen die baupolizeilichen und die Unfallversicherungsbehörden, zum Schutze von Leben und Gesundheit der Bauarbeiter der Magistrat der Stadt Halle beauftragt wird, unzüglich einen Baukontrollanten aus Arbeiterkreisen anzustellen. Die Baugewerkschaft Halle ist bereit, einen geeigneten Mann vorzuschlagen. — Darauf schloß die Kollege Braun die Wünsche der Affordarbeit. Die Affordarbeit hat sich zum Schaden der auf der Straße liegenden Kollegen stark verbreitet. Die wenigen Bauarbeiter, die im Afford unter gesundheitslicher Schädigung der Arbeiter auf eine kurze Zeit zusammengedrängt und mit möglichst wenig Beschäftigten versehen, ohne daß die Regelung in einem vernünftigen Verhältnis zur Leistung steht. Die Aussprache über dieses Kapitel war sehr eingehend. Es sprachen Gargelzki, Hübner, Koch, Zimmermann und Stephan, worauf der schon in der vorigen Versammlung gestellte Antrag angenommen wurde. Er lautet: „Die heute im Volkspark stattfindende Bauarbeiterversammlung beschließt: das in letzter Zeit immer mehr um sich greifende Affordsystem ist abzulehnen und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen. Wenn nicht anders, dann mit Ausschluß aus der Organisation. Die Affordarbeit ist geradezu ein Verbrechen an der Arbeiterkraft, zumal noch mehrere Hundert Bauarbeiter auf der Straße liegen.“

Münster i. W. Die gut besuchte Mitgliederversammlung am 4. Juli beschäftigte sich unter anderem mit den spaltenlangen Vorfällen, die der Bezirksleiter Müller des christlichen Bauarbeiterverbandes anlässlich des 25jährigen Bestehens seiner hiesigen Zählstelle in der bürgerlichen Presse erschienen ließ und in denen er es so darstellte, daß alle Erfolge für die Bauarbeiterbewegung des Münsterlandes in der Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen und die höchsten sozialen Fortschritte allein von der christlichen Organisation erreicht worden seien. In unserer Versammlung nahmen alle Kollegen, die in der Bauarbeiterbewegung von Anfang der sechziger Jahre bis in die heutige Zeit mitkämpften, das Wort und wiesen darauf hin, daß der Organisationsgedanke schon viele Jahre vor der christlichen Organisation von den freigeorganierten Bauarbeitern in Münster propagiert wurde und von ihnen auch erfolgreiche Erfolge erzielt worden sind. Die freigeorganierte Bauarbeiterbewegung wurde aber nicht nur von den Unternehmern, sondern auch von den Behörden und der Geistlichkeit sehr bekämpft. Das ist heute zum Teil noch so. Zu den Verbesserungen der Arbeitsbedingungen haben die freigeorganierten Bauarbeiter einen wesentlichen Teil beigetragen. Wer war es, der 1873 den 5-Hr-Arbeitsbeginn zu besetzen begann und auf 6 Hr. herabsetzte? Es waren

Mitglieder des Allgemeinen Maurer- und Steinhauerbundes, also freigeorganierte. Wer war es, der die 10 1/2stündige Arbeitszeit bei 3,50 M Tagelohn auf 10 Stunden bei gleichem Lohn herabsetzte? Wer hat feierlich den Stundenlohn von 35 ¢ auf 45 ¢ gebracht? Es waren die Maurer, die im Fachverein und später im Zentralverband der Maurer organisiert waren. Auch in der Bildungsarbeit steht die freigeorganierte Bauarbeiterbewegung nicht hinter der christlichen zurück. Ebenso ist auf dem Gebiete des Bauarbeiterkampfes die freigeorganierte Bauarbeiterbewegung nicht hinter der christlichen zurück. Ebenso ist von der Tätigkeit des den Weihen der christlichen Bauarbeiter entflammenden Baukontrollanten nicht sehr viel zu merken. Auch haben wir noch von keinem Bericht über seine Tätigkeit vernommen. Deshalb haben die freien Gewerkschaften erneut eine Bauarbeiterkommission ins Leben gerufen. Wenn es unserer Baugewerkschaft bisher nicht möglich war, für die Lehrlinge das zu leisten, was in anderen Städten Lehrlingen mit dem Willen der Anstalt an die freien Gewerkschaften unmöglich gemacht und auch verboten wird. Die Ziele der nordpreussischen Bauarbeiterbewegung kann nicht der christliche Bauarbeiterverband allein, sondern nur unser Baugewerksbund verwirklichen.

Weißheim. (Wie die Vertragsstreue einiger Unternehmer ausfällt!) Der scharfe Konflikt zwischen dem Unternehmer und dem Arbeiter hat wiederholt saure Früchte für die Arbeiterbewegung gezeitigt. Die Arbeitslosigkeit wird von ihnen und den Behörden rüchlos ausgenutzt. Das zeigt auch folgender Fall: Die Reichsbahn, Bauabteilung Wünnenberg, bergab Geselembau an der Firma Pittrich, Greiffenberg und Schreiber, Wünnenberg. Beide Firmen verlegten sofort den Tariflohn zu umgeben. Die Firma Schreiber zahlte 17 ¢, die Firma Pittrich 11 bis 13 ¢ unter Tarif. Der erste Firma versuchte besonders Bauernarbeiten und Unorganisierte einzustellen, die sich unerschrocken bereit erklärten, unter Tarif zu arbeiten und auch keine Zuschläge für Überstunden zu fordern. Außerdem erklärten sie sich damit einverstanden, daß die Arbeiter von der Bauleitung nach Belieben festgesetzt wurden. Als im April die Tarifarbeiter abgebaut wurden, war der Bauleiter Dr. Schaller der erste, der die Löhne noch weiter absaute. Die Maß der Bauleitungen versuchte er zu verhindern; und als dies nicht gelang, wurden die Delegierten nach einer Stunde Umstülpung entlassen. Sie mußten aber weiterbeschäftigt werden, und der Unternehmer wurde vom Gewerbeamt zum Ersatz des Schadens verurteilt, den die Arbeiter erlitten hatten. Die Nachzahlung der vollen Tariflöhne wurde aber verweigert, weil sich die Leute „freiwillig“ unterworfen und auf die Tariflöhne verzichtet hätten. Der dem Gewerbeamt wurde auch festgestellt, daß sich die Firma Schreiber einen Vertragsbruch zuschulden kommen ließ und als Vertragspartei gegen die guten Sitten verstoßen habe. Es wurde deshalb beantragt, vom 14. April an die Lohnführung nachzugehen. Dieser Antrag ist nur unserer Organisation zu danken. Für die Zukunft müssen die Kollegen es strikte ablehnen, zu untertänigen Bestimmungen ihre Arbeit zu leisten!

Aus den Fachgruppen

Glas.

Wn der Unternehmertagung. Am 14. und 15. Juni tagte in Frankfurt a. M. der Verband der Glasermänner Deutschlands. Auf der Tagung waren vertreten: 11 Landes- und Bezirksverbände mit 76 Innungen durch insgesamt 150 Abgeordnete. Die Verhandlungstage wurden zur Hauptsache ausgefüllt mit dem Bericht über die „Gammoria“, Allgemeine Berufsvereinigungs-Vf. Ges., sowie einem Vortrag über „Das Genossenschaftswesen im Glasfabrikanten“ und der Beratung der Anträge. Die Berliner Innung hatte einen Antrag gestellt, der es „allen Mitgliedern zur strengsten Pflicht macht, nur Gesellen einzustellen, die sich durch Vorlegen ordnungsmäßiger Innungspapiere sowie des Verbands-Legitimationsbuches als solche legitimieren können“. Dieser Antrag fand die Unterstützung der Versammlung. Interessant ist die Forderung des Verbands-Legitimationsbuches. Damit ist die Forderung gemeint, daß die Innungen in den einzelnen Bezirken allen Gesellen ein Verbandsbuch in der jeweiligen Sprache ausstellen. Mit ordnungsmäßigen Innungspapieren ist wohl der Lehrlingschein gemeint. Abgesehen von diesem wird wohl kein älterer Kollege im Besitze eines anderen von den Innungen ausgestellten Ausweises sein. Ein solches andere Verweise werden noch solche Forderungen erheben? Es wäre nicht verwunderlich, wenn die Kleinmeister in ihrem zunftähnlichen Lieberverein von „ihren“ Gesellen auch den Zunftregeln folgen. Sollte von den Meistern bei der Einstellung von Gesellen das Verbandslegitimationsbuch gefordert werden, so hätte das zur Folge, daß viele Kollegen nicht eingestellt werden könnten. Es wird daher unsere Aufgabe sein, solchen Forderungen gegenüber energischen Widerstand zu leisten. In der Frage der Lehrlingsausbildung wurde folgende Entschiedenheit angenommen: „Allen Innungen wird zur Pflicht gemacht, besondere Sorgfalt auf die Ausbildung der Lehrlinge zu legen. Weiter wird empfohlen, möglichst eine vierjährige Lehrlingsausbildung einzuführen; ferner ist unbedingt notwendig, den Fachschulunterricht auszubauen; dort, wo staatliche Fachschulen bestehen, dieselben im Rahmen der Innungen zu gewinnen. Auch bei Aufnahme in die Lehre muß eine besondere Auswahl getroffen werden.“ — Der Antrag läßt erkennen, daß sich die Innungen wieder einmal um den Nachwuchs in unserm Gewerbe kümmern wollen. Nach unserer letzten Fassung hatten wir in 100 Orten 1183 Lehrlinge und 6200 Innungsmeister. Das ergibt auf jeden sechsten Meister einen Lehrling. Wir haben die Forderung, in denen keine Gesellen beschäftigt waren, dafür aber 6 und 8 und mehr Lehrlinge. Das Kleinmeisterum in unserm Gewerbe steht eben in dem Lehrling die billige Arbeitskraft. Daher auch die Forderung nach der vierjährigen Lehrlingsausbildung. Die Ursache der mangelhaften Lehrlingsausbildung ist nicht etwa in einer zu kurzen dreijährigen Lehrlingsausbildung, sondern darin, daß der Lehrling mit allen möglichen Arbeiten, nur nicht in seinem eigentlichen Sandweil

beschäftigt wird. Die Forderung der vierjährigen Lehrlingsausbildung läuft auf nichts anderes als auf eine verstärkte Ausbeutung hinaus. Es wird eine unserer Hauptaufgaben sein, möglichst alle Lehrlinge zu erfassen und sie den Jugendabteilungen unseres Bundes zuzuführen. Wir müssen auch gestalten den Einfluß auf die Lehrverhältnisse gewinnen. Als besonderer Erfolg des „Glasertages“ wird der nun benannte Zusammenschluß aller Glasmeister in den Verband der Glasermänner Deutschlands gefeiert. Der Verband ist nun auch dem Gesamtverband beigetreten, so daß jetzt die Glasmeister eine geschlossene Einheit darstellen. Dies sollte allen Kollegen als Warnung dienen! Die Unternehmern haben also auch in unserm Gewerbe erkannt, daß sie nur durch organisatorischen Zusammenschluß ihre Interessen vertreten können. In der Frage des Reichstaxtarifvertrages hat sich schon die Gesamtverbandung ablehnend verhalten. Begründet wird die Ablehnung damit, daß „mit Rücksicht auf die verschiedenen Arten der Glasereibetriebe“ ein Reichstaxtarifvertrag nicht durchführbar ist. Zur Verhandlung auf dem Glasertag ist es nicht erst gekommen, über diese Frage wurde im Vorwege in der Vorstandssitzung entschieden. Die Schaffung eines Reichstaxtarifvertrages mit einheitlicher Regelung unserer Arbeitsbedingungen, die eine gebietliche Notwendigkeit ist, ist damit vorläufig hinausgeschoben worden. Es wird zu unteruchen sein, inwieweit die ablehnende Haltung der Unternehmern zu Recht besteht. Angehörig soll die Vergegenwärtigung der Glasereibetriebe die Schaffung eines Reichstaxtarifvertrages nicht zulaufen. Dieser Grund ist in unsern Verhandlungen und im „Grundstein“ zu erörtern. Wir glauben, so zu einer einheitlichen Stellungnahme innerhalb der Kollegen zu kommen. Die Vergegenwärtigung des Reichstaxtarifvertrages in den einzelnen Bezirken Deutschlands besteht aus in vielen anderen Bezirken, die aber trotzdem einen Reichstaxtarifvertrag haben. Auch in unserm Gewerbe ist die reichstaxtarifvertragliche Regelung möglich. Wir werden die Frage des Reichstaxtarifvertrages bei unserer künftigen Tätigkeit und bei jeder Gelegenheit benutzt in den Vordergrund stellen und zu geeigneter Zeit positive Vorschläge unterbreiten.

Töpfer und deren Hilfsarbeiter.

Dansig. Die Töpferinnung hat Anfang Juni den Tarifvertrag gekündigt. Die Verhandlungen werden aber nicht mehr mit der Innung, sondern mit dem in vorigen Jahre gegründeten Verband der Arbeiter des Töpfer- und Spenglergewerbes geführt. Dieser möchte den Tarifvertrag, an dem ablaufenden Tarifvertrag keine Änderung vorzunehmen; aber es soll nicht mehr im Afford, sondern nur im Stundenlohn gearbeitet werden. Sollte jedoch ein Unternehmer im Afford arbeiten lassen wollen, so kann er mit dem Gesellen den Affordpreis vereinbaren. Später soll dann auch ein Affordvertrag abgeschlossen werden. Wir erklären, wenn an dem Tarifvertrag keine Änderung vorgenommen werden soll, so ist es doch das Beste, die Dauer des bestehenden Tarifvertrages um ein Jahr zu verlängern und an die Stelle der Töpferinnung den Namen des neuen Vertragspartners zu setzen. Der Vorschlag der Unternehmer hinsichtlich der Affordarbeit müssen wir ablehnen. Da von den Unternehmern keine anderen Vorschläge gemacht wurden, wurden die Verhandlungen abgebrochen. Am 6. Juli teilten uns die Unternehmer mit, daß sie einstimmig beschlossen haben, alle Töpferarbeiten zu einem Stundenlohn von 1,65 M auszuführen zu lassen. Unsere Mitgliederbererammlung hat die Verhandlungskommission beauftragt, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie für notwendig erachtet, um den bestehenden Tarifvertrag zu erhalten. Da die Lage äußerst gespannt ist, bitten wir, Dansig mit Arbeitsangeboten zu versehen.

Guben. (Zahlstelle Sommerfeld.) Am 2. Juli hielten wir unsere Fachgruppenversammlung ab, in der Kollege Kemnitz, Berlin, einen Vortrag über den neuen Reichstaxtarif hielt. Er erläuterte in längeren Ausführungen auch die Entwicklung der Gewerkschaften, ausgehend von den früheren Arbeitsgemeinschaften und den Berufsvereinigungen, und freute in kurzen Worten unsern früheren Reichstaxtarifvertrag. Der Vortragende schloß dann den Deutschen Baugewerksbund und sein Wirken in der Arbeiterbewegung. In verlässlichen Worten erläuterte er den Dignitätsentwurf über die Industrieerwerbslohen und die Stellung unserer Bundesleitung. Die Versammlung vertrat einstimmig den Standpunkt, beim Deutschen Baugewerksbund zu bleiben und lehnte eine Angleichung der Töpfer an den Reichstaxtarif ab. Mit einem Hoch auf den Baugewerksbund wurde die Versammlung geschlossen.

Rauenberg in Pommern. Hier haben die Unternehmern den Rosenferarif zum 1. August gekündigt; sie verlangen einen Lohnabbau von 35 %. Die Herren sind also nicht unbeschäftigt.

Vom Bau

Annaberg. Am 5. Juli stürzte der mit dem Umbauen eines Schieferdaches beschäftigte Dachbedergermeister Gerhard Schöneke in Annaberg etwa 9 m ab. Der Verunglückte mochte in ein Fenster steigen, um sein Frühstück einzunehmen, als er abwärts und stürzte. Der Verunglückte wurde in ein spezialisiertes Krankenhaus eingeliefert. Wäre der Verunglückte angeheilt gewesen, wie es die Versicherung fordert, so wäre der Unfall verheerend worden. Die Innungen des Dachbedergermeisters Hammet, eine verehelichte Schieferbedergermeisterin, beauftragte bei ihrer Vernehmung, daß das Material zur Sicherheit der Arbeiter, das an der Baustelle lag, in der Werkstätte in Mengen vorhanden sei, aber die Leute wollten es doch nicht mitnehmen. Vor wenigen Wochen stürzte bei einer Reparatur des Schieferdaches ebenfalls ein Dachbederger ab. Er wurde nur als Leiche geborgen. Im Jahre 1925 wurden 7 Unfälle im Annaberg, 38 Orte mit etwa 110 000 Einwohnern, sind nur 2 Dachbederger organisiert.

Wiesbaden. (Zahlstelle Rindang der Bauarbeiterkommission.) Am 2. Juli fand der zweite Rundgang der Bauarbeiterkommission statt. Es wurden bei diesem Rundgang sehr viele Mängel festgestellt.

In der Wolfhauserstraße, wo der Tagelöhner Altbater ein Gipsergerüst errichtete, waren mangelnde Stellbretter angedacht. Die Leiter reichte nur bis zur 1. Etage. Der Bretterbelag war sehr schlecht, teilweise auch die Stellbretter. In der Herwegstraße bei der Firma Alchale, die besten die Schuttbretter. In der Gutenbergsstraße 13 bei der Firma Deng, Gipsergeschäft aus Kedar, zum, waren keine Stellbretter und teilweise sehr schlechte Brustwehren vorhanden. Beim Internehrer Throm in der Schmidbergstraße fehlten sämtliche Sodelbretter. Die Leiter ist um 1 m zu kurz und das Gerüst ziemlich schlecht. Auf der Baustelle des Unternehmens Rudolf Käufler in der Stefanstraße fehlten die Stellbretter. Auf der Baustelle Enslin, Bismarckstraße, war die Baustelle nicht abgedeckt, ebenso fehlten der Fußboden und die Fenster. Auf dem Neubau in der Friedhofstraße fehlten am Gipsergerüst sämtliche Schuttbretter. Auf der Baustelle Krauß, Burenstraße, fehlten die Gerüstträger und Holz. Die Baubau war sehr schmutzig. Das Material im Verbandskasten war sehr mangelhaft und muß ersetzt werden. Die Baustelle des Gipsermeisters Ranz, Burenstraße, war beschliffen. Man benötigte den Eintritt. Er erklärte, daß Montag früh die Beschäftigung vorgenommen werden könne. Das Materialgerüst wird dort, genau wie das Gipsergerüst, ohne Träger und Klammern errichtet. Diesen werden nicht verwendet, dafür nur Bretter. Als Schuttbretter werden Gipserplatten verwendet. Auf der Baustelle Köppler, Christophstraße, fehlten bei sämtlichen Schüttungen die Gerüstträger. Der 3. Stock ist vollständig eingestürzt, aber im vorletzten Gerüst fehlten die vorgezeichneten Schuttbretter. Sollte ein Schuttbretter oder sonstiger Bruch vorkommen, stürzen die Arbeiter 15 m ab. Auf der Baustelle Köhnenburger Kedarstraße fehlten die Schuttbretter und Unterlagklammern. Es wurden auch zu schwache Ständer vorgegeben, und die Laufstiege war nicht abgedeckt. Auf der Baustelle Walter Kedarstraße fehlten Schuttbretter und Brustwehr. Am Eingang war keine Laufstiege, auch war das Treppenhäus nicht abgedeckt und das Schuttbretter fehlte. Die Abzugsröhre war am Eingang nicht abgedeckt. — Auch in der Stadt Wödingen lag der Zustand der Gerüste viel zu wünschen übrig. Man lebt dort offenbar unter dem Motto: „Es geht auch so.“ Am Neubau Hoffmann ist die Brustwehr zu schwach; verwendet worden sind nur Bretter statt Streichen. Am Neubau Noll, Franziskanerstraße, fehlt im Innern der Treppenaufgang. Es ist nicht annehmbar, daß die dort beschäftigten Bauarbeiter als Fallabstürzer ausgebildet sind. Im Neubau Stoll sind die Zustände noch schlimmer. Der Gipsermeister Danisch klammert sich offenbar sehr wenig oder gar nicht um die Sicherheitsvorschriften. Es fehlten die Brustwehren, die Stellbretter und die Schuttbretter. Dort, wo ausnahmsweise eine Brustwehr angebracht ist, ist sie sehr mangelhaft. Auch beim Neubau Gubroz sind die Brustwehren mangelhaft. Im Neubau Wirt fehlten die Brustwehren sowie die Schuttbretter und das Treppenhäus ist nicht abgedeckt. Bei städtischen Bauten dürfte man wohl erwarten, daß nach dieser Richtung hin nichts veräumt wird. Welt gefehlt! Beim Neubau in der Weinbergstraße spottet das Kammergericht jeder Beschreibung. Hier wird mit Menschenleben geradezu gespielt. Die Drahtauslage liegt wie „Spitz und Knopf“. Weiter als zu Drahtstiften hat es bei diesem Gerüst nicht gereicht. Beim Gipsergerüst des Unternehmens Ferdinand Moller ist die Leiter viel zu kurz, und die Brustwehren sowie die Schuttbretter sind zu schwach oder fehlen überhaupt. Das Endergebnis in Wödingen ist: Einzelne Unternehmer legen Wert darauf, das Leben der Bauarbeiter nicht zu gefährden. Manchem sind die Gerüste in guter Ordnung. Viele keine Helfer sind abzustellen. Dort, wo große Mängel sind, muß sofort für Abhilfe gesorgt werden. Die Bauarbeit selbst fällt allgemein auf, was mit sehr gern anerkannt. Die Unternehmer können versichert sein, daß die Bauarbeiterprüfungskommission niemals unterlassen wird, alle Maßnahmen zu ergreifen, die die Unternehmer anhalten, nur gute und gefahrlose Gerüste zu errichten.

Allgemeine Rundschau

Anordnung über die weitere Geltung der bisherigen Schichttabelle in der Erwerbslosenfürsorge. Auf Grund des § 10 Abs. 1 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 hat der Reichsarbeitsminister am 30. Juni nach Vorschlag des Reichsausschusses für Arbeitsvermittlung die Geltungsdauer seiner Anordnung über eine vorübergehende Erhöhung der Schichttabelle in der Erwerbslosenfürsorge vom 17. Dezember 1925 und seiner zweiten Anordnung über eine vorübergehende Erhöhung der Schichttabelle in der Erwerbslosenfürsorge vom 27. Februar 1926 bis zum 27. November 1926 verlängert.

Anordnung über Ausdehnung und weitere Verlängerung der Kurzarbeiterfürsorge. Auf Grund der §§ 10 Abs. 1 und 48 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 hat der Reichsarbeitsminister am 1. Juli mit Zustimmung des Reichsausschusses nach Vorschlag des Reichsausschusses für Arbeitsvermittlung durch Neufassung des § 6 der Anordnung über Kurzarbeiterfürsorge vom 20. Februar 1925 angeordnet: „Wird die Kurzarbeiterunterstützung auf 4 Kalenderwochen oder länger unterbrochen, so kann die Unterstützung wieder gewährt werden, wenn die Voraussetzungen der §§ 3 bis 5 erneut erfüllt sind. Die Wartezeit des § 3 kann ganz oder teilweise in der Zeit der Unterbrechung liegen. Nach Unterbrechungen von 3 Kalenderwochen oder weniger wird die Unterstützung weitergewährt.“ Die Geltungsdauer der Anordnung über Kurzarbeiterfürsorge wird bis zum 27. November 1926 verlängert. Diese Anordnung tritt am 4. Juli 1926 in Kraft.

Arbeitslosenarznei und Bauarbeiterlöhne. Zu den Leuten, die gewöhnlich und berufsmäßig ihren Mund über die „hohen Bauarbeiterlöhne“ und die wirtschaftliche Verhältnislosigkeit der Bauarbeiter“ hinsichtlich der Arbeitszeit

aufreißen, gehören die im VDA (Verein Deutscher Architekten) vereinigten Architekten und die im Verlage Illstein erscheinende „Baupost“, die sich stolz „Zeitschrift für das gesamte Baumeister“ nennt. In langen Jahren haben beide mit peinlicher Gewissenhaftigkeit bemüht, der beruflichen Gefordertheit auch nur das geringste über die von Architekten geforderten Honorare mitzuteilen. Jetzt wird aber der geheimnisvolle Worgang ein wenig geklärt durch einen Streit, der im ehemaligen befestigten Gebiet zwischen einer Reichs-Bauhörde und 18 Architekten entstand ist wegen ihrer Honorarforderungen. Diese haben für Befestigungsarbeiten im Auftrag der Stadt Grefeld Wohnungsbauten entworfen und die Bauleitung

**D, weiser und gerechter Richter . . .**

Die Parteien werden angerufen und betreten das Verhandlungszimmer. Der Kläger, ein junger Mann mit nicht übertrieben intelligentem Gesicht, knallt die Stiefelstange zusammen und macht eine tadellose Verbeugung vor dem Richter. Er scheint mit dem Eindruck, den er auf den Richter gemacht hat, zufrieden zu sein, denn er folgt selbstgefällig der Einladung, Platz zu nehmen. Die Klage lautet auf Anzahlung des Tariflohnes. Da es sich um einen Tarif handelt, der nicht allgemein verbindlich ist, fragt der Richter den Kläger, ob er einer Gewerkschaft angehört.

„Herr Richter, ich bin vaterländisch gesinnt und brauche keine Gewerkschaft.“

„Dann haben Sie keinen Anspruch auf den Tariflohn, denn der ist nur für Gewerkschaftsmitglieder bestimmt.“

Der Kläger sieht den Richter ungläubig, misstrauisch an.

Der Richter fragt weiter: „Woher glauben Sie denn, daß die Tarife stammen?“

„Ich weiß es nicht. Aber der Tarif muß doch bezahlt werden, wie der Eisenbahntarif oder der Straßenbahntarif.“

Der Richter schüttelt mitleidig den Kopf. „Dann müssen Sie sich mal erkundigen. Im übrigen wird Ihre Klage abgewiesen, da Sie keiner Gewerkschaft angehören.“

Der Kläger geht ohne die geringste Verbeugung ab. Der Richter ist seiner Meinung nach nicht vaterländisch gesinnt.

übernehmen. Sie sind betragsmäßig bezahlt worden, fordern aber nun Aufwertung des Inflationsgeldes in einem Maße, für dessen Untermaßigkeit die Rechnung eines ihrer als Beispiel dienen mag. Dieser eine Architekt hatte den Entwurf und die Bauleitung von 7 Häusern mit 27 Unterkammerwohnungen übernommen, deren Bauwert er mit 270 000 Goldmark ansetzt. Er fordert für seine Tätigkeit an diesen Bauten „nur“ 88 106 M., das sind 30,78 % des Bauwertes. Der Auftraggeber verweigerte die Anerkennung dieser Forderung. Ein „sachverständiges“ Schiedsgericht hat dann die Friedens-Goldmark-Bausumme auf 266 704 M. festgesetzt und dem Architekten 62 136 M. als berechtigte Honorarforderung zugesprochen. Das sind immer noch 10,5 % der Bausumme. Dieser Schiedsspruch wird nun mit Recht und Grund begründet. Für uns aber ist interessant, wie sich VDA und „Baupost“ zu dieser Forderung und dem Schiedsspruch stellen. Rein Wort des Mißfallens, kein Hinweis auf die schlechte Wirtschaftsweise, keine Ermahnung, die hohen Baukosten durch Verabfolgung der Forderung zu ermäßigen, wird hörbar; denn es handelt sich ja um Architekten- und nicht um Bauarbeiterlöhne. Wie lautet doch der schöne und in diesem Falle so bezeichnende Satz von den Waffnen: „Doch brennt's unter ihrem eigenen Dach — ja Bauer, das ist eine ganz andere Sach!“

Mißgung der Bautätigkeit. Im Jahre 1926 ist die Bautätigkeit bekanntlich geringer als in den Vorjahren. Nunmehr liegen die Angaben über die Zahl der Baugenehmigungen für das gesamte Reichsgebiet im ersten Vierteljahr des laufenden Jahres vor. Danach wurden im ersten Vierteljahr 1926 folgende Baugenehmigungen erteilt:

Gebäude	Gebäude Wohngebäude		Gebäude Wohngebäude	
	in 41 Großstädten	in 41 Mittelstädten	in 41 Großstädten	in 41 Mittelstädten
1. Vierteljahr 1926	4 924	3 010	810	494
„ 4. „	1 225	6 995	1 136	968
„ 1. „	1 295	6 391	8 275	1 880

Diese Zahlen lassen mit Deutlichkeit erkennen, daß die Bautätigkeit in diesem Jahre geringer ist.

Die Waldbestände verlangen die Sperrung der östlichen Grenzen, damit der Preisverfall für Holz Einhalt geboten wird. Würde das Reich diesem Verlangen nachgeben, dann würden nicht nur zahlreiche Sägewerke an der polnischen Grenze stillgelegt werden müssen, sondern es würden auch die Bauholzpreise eine nicht geringe Erhöhung erfahren. Die Bauholzpreise dürfen einer Verbilligung des Wohnungsbaues nicht hinderlich in den Weg treten. Die Interessen der holzverarbeitenden Industrie und der Holzverbraucher müssen höher stehen als die der Waldbestände. Deshalb muß die Sperrung der Grenzen für Holz abgelehnt werden.

Trotz der Nationalisierung Preisverhöhnungen. Zu den lautesten Rufem im Streite um die Nationalisierung und die damit einhergehende Verbilligung der Herstellungskosten gehören die Leiter des Winterschall-Konzerns. Sie gingen in ihren Aktienunternehmen selbst daran, die zur Wahrung ihrer Interessen zu sein. Durch eine Nationalisierung, die über keinen Gewinn hinausgeht, ist es durch, daß eine Nationalisierung billig produziert werden konnten. Ganze Gegenden, wo sich Holzschlag befinden, die Winterschall angegliedert waren, wurden durch richtiger Stilllegung entleert. Die Produktion wurde auf die leistungs-

fähigen Unternehmungen umgelegt und riesige Fabriken zur Verarbeitung der Holzsalze errichtet. Der verarmten Landwirtschaft billigen Düngers war die Parole. Nunmehr, da die Nationalisierungsfaktion bei Winterschall gründlich durchgeföhrt ist, hört man etwas von einer bevorstehenden Preisverhöhnung. Hierbei muß daran erinnert werden, daß das Holzsalz, wovon Winterschall allein 40 % kontrolliert, ein lädenloses Monopol besitzt und mittlerweile auch die ausländische Konkurrenz befreitigt wurde. Mit den effizientesten Anlagen, den einzigen Konkurrenten, kam es bekanntlich zu einem Zusammenstoß, der einem internationalen Schiedsgericht sehr ähnlich sieht. Also: die Zeit ist günstig, her mit der Preisverhöhnung! So denken die Kapitalisten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Holzsalz, das bekanntlich ein Zwangsmonopol ist, wo das Reich ein gewisses Mitbestimmungsrecht hat, diesen Preisverhöhnungen Raum geben wird. Dann käme zu all den preisverhöhnenden Momenten noch eine von den Düngemittelindustrie hinzu. Das paßt zu den krisenhaften Zuständen der Gegenwart wie die Faust auf das Auge. Die Nationalisierung des Winterschall-Konzerns stand lange Zeit eingeföhrt, sie hat in dem Ausmaß und der dabei angewandten Mittel kein Beispiel. Dennoch führte sie nicht eine dauernde Preisverbilligung des Holzsalzes herbei, sondern scheint nur Mittel zum Zweck zu sein. Daran ist zu erkennen, daß auch die schärfste Nationalisierung zu einer Senkung der Preise führt, wenn mittels geschlossener Monopole höhere Preise durchgesetzt werden können.

Geld und Menschen — zwei Beschäftigungslose in allen Ländern. Man sieht uns in der beschlossenen Zeit in mehr oder minder gelehrten Abhandlungen des öfteren auseinander, daß es in Deutschland nur an Geld fehle, um die Wirtschaftsmaschinerie wieder in Gang zu setzen. Nun, seit Monaten ist Geld in Fülle und Fülle vorhanden, und kein Schornstein mehr fängt an zu rauchen. Dies ist nicht nur eine deutsche, sondern eine internationale Erscheinung. Nebenher an kurzfristigen Börsengang gibt es in England, in Holland, in der Schweiz, in Amerika und in allen kapitalistisch hochentwickelten Ländern. Und trotzdem bleibt geföhrt werden kann, gehen Millionen von Menschen beschäftigungslos umher. Geld und Arbeitskräfte, zwei Dinge, die in der kapitalistischen Wirtschaftsweise bei entsprechendem Ausmaß der Produkte nur verbunden zu werden brauchen, um Wert und Mehrwert zu erzeugen, verlangen nach einander und können doch nicht zusammen kommen. Das Wasser der privaten Wirtschaftsanarchie ist viel zu tief, und weil das Geld beschäftigungslos herumfließt, stürzt es sich besonders in Deutschland auf die Effektenmärkte, wodurch ein wahrer Kurzstapel herbeigetragen wird. Warum laugt man die freien Kapitalien nicht durch große Anleihen auf und stellt sie dem Wohnungsbau, der Kultivierung von Ödland, der Elektrifizierung der Eisenbahn usw. zur Verfügung? Will man die deutsche Volkswirtschaft noch mehr betarmen lassen, indem man Millionen müßig gehen läßt? Will man warten bis zum Winter, wo Arbeiter im Freien nicht mehr ausgeföhrt werden können? Geld und Menschen — zwei Beschäftigungslose — müssen zueinandergebracht werden, damit sie gemeinsam wirken können!

Die Preisstiege rinnen sich wieder. Die Preisentwärtung in Deutschland behält ihren Gang nach oben bei. Nach Berechnungen des Statistischen Reichsamtes vom 7. Juli ist die Großhandelsindexzahl auf 128,6 gestiegen. In der Hauptphase erhöhte sich der Index der Agrarzeugnisse, weil die Getreidepreise weiter anstiegen. Die Preisentwärtung der letzten Monate verlief wie folgt:

Großhandelsindexzahl des Statistischen Reichsamtes

	Insgesamt	Agrarprodukte	Industrieerzeugnisse
1926 Januar	120,0	114,5	130,4
April	122,7	121,5	124,9
Mai	123,2	122,8	124,0
Juni	124,6	125,0	123,7
7. Juli	128,6	126,0	124,1

Damit haben sich die Preise in katastrophaler Weise weiter nach oben bewegt, und die sogenannte Preisföhre ist wieder geöffnet, aber nach der andern Seite hin, indem die Agrarprodukte die Industrieerzeugnisse weit überföhrt haben. Die Preise steigen; die Parole der Unternehmer, aber ist Lohnabbau, Gewerkschafter! Wacht und stärkt die Schlagkraft eurer Organisationen!

Die Geißel der Arbeitslosigkeit in den Großstädten. Daß die Arbeitslosigkeit in den Großstädten am schlimmsten wütet, bedarf keiner weiteren Erörterung. Hier, wo die Menschen zusammengedrängt sind, wo der Pulsschlag des industriellen Lebens am lautesten zu spüren ist, finden sich auch die meisten Opfer der Krise. Die Arbeitslosigkeit in den Städten ist entsprechend der dort anfallenden Industrie verschieden. Nach der Arbeitslosenanzahl am 1. Juni dieses Jahres ergibt sich folgendes Bild in einzelnen Großstädten. Auf je 1000 Volkerverwohner kamen Hauptunterstützungsempfänger:

München-Glabbech	73,6	Mainz	52,1
Plauen i. V.	70,7	Wien	48,0
Hilberberg	67,5	Hamburg	36,4
Hiel	66,3	Bremen	25,7
Dortmund	59,7	Albed	26,1
Essen	53,1		

Hiernach ist die Arbeitslosigkeit dort am stärksten, wo die Textilindustrie ihren Sitz hat. Wirtschaftsmäßig gering ist die Arbeitslosigkeit in den Kaufstädten. Der Durchschnitt der Arbeitslosigkeit beträgt auf je 1000 Volkerverwohner 42,4; in den Großstädten des reichsweitverbreiteten Industriegebietes beträgt der Durchschnittssatz 44,2. Müllern in Bekleidungs- und in den Großstädten die geringsten Arbeitslosen auf; hier sind von 1000 Einwohnern 15,8 erwerbslos.

Ein hartnäckiger Kampf. Der englische Parlamentarier Freiler weist bereits seit 11 Wochen, ohne daß das Ende dieses riesigen Kampfes abzusehen ist. Nach einer Verrechnung von 45 Millionen Zentner Kohle, deren Wert auf 86 Millionen Pfund Sterling veranschlagt wird, zur Folge gehabt. Die Lohnentzüge der Bergarbeiter wird

